

# Inhaltsverzeichnis

## RLA Richtlinienändernde Anträge

RLA-1	Landesvorstand	Änderung §2a	2
RLA-2	Landesvorstand	Änderung §2b	3
RLA-3	Landesvorstand	Änderung §2c	4
RLA-4	Landesvorstand	Änderung §2f	5
RLA-5	Landesvorstand	Änderung §3a	6
RLA-6	Landesvorstand	Änderung §4a	7
RLA-7	Landesvorstand	Änderung §4b	8
RLA-8	Landesvorstand	Änderung §4c	9
RLA-9	Landesvorstand	Änderung §4d	10
RLA-10	Landesvorstand	Änderung §5	11

## AP Arbeitsprogramm

AP-1	Landesvorstand	Alles auf Links wenden. Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2019/2020	13
------	----------------	--	----

## A Arbeit und Ausbildung

A-1	Jusos Oberbayern	Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!	20
A-3	Jusos Schwaben	Gute Arbeit – Fairer Lohn. Jetzt auch für Pflegekinder!	22
A-4	Jusos Unterfranken	Meldepflicht der Arbeitgeber*innen von offenen Stellen	23

## B Bildung

B-2	Jusos Oberbayern	Kostenlose Schulverpflegung und Ernährungsbildung für Schüler*innen	25
B-4	Jusos Schwaben	Antrag auf Änderung der Förderrichtlinien des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)	26

## C Wohnen

C-1	Jusos Oberbayern	Gemeinden im Vorkaufsfall von der Provision befreien	29
-----	------------------	--	----

**D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik**

D-1	Jusos Oberfranken	Freiwillige vor – alle anderen nicht!	31
D-2	Jusos Oberbayern	Offenlegungspflicht der Methoden für Wahlumfragen und Prognosen	32

**E Europa**

E-3	Jusos Niederbayern	Aus den Fehlern der Finanzkrise lernen: Wie wir die Währungsunion krisenfest machen	34
-----	-----------------------	---	----

**F Feminismus und Gleichstellung**

F-1	Jusos Mittelfranken	Für Gleichberechtigung bei der Benennung von Hochschulen	39
F-3	Jusos Niederbayern	Einführung des Internationalen Frauentags als Feiertag in Bayern	40
F-4	Jusos Niederbayern	Antifaschistisch, solidarisch, (queer*-)feministisch! Unser Anspruch einer gerechten Geflüchtetenpolitik	41

**G Gesundheit**

G-1	Jusos Oberbayern	Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!	44
-----	------------------	--	----

**I Internationales und Frieden**

I-1	Jusos Mittelfranken	Solidarität mit den unterdrückten Uigur*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China	46
-----	------------------------	--	----

**S Sozialpolitik**

S-2	Jusos Oberbayern	Kinderarmut abschaffen, Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!	49
-----	------------------	---	----

**U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz**

U-2	Jusos Oberbayern	Einführung einer europäische CO2-Steuer	52
-----	------------------	---	----

**V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur**

V-5	Jusos Unterfranken	Generelles Tempolimit für PKW, LKW und Bus	55
-----	-----------------------	--	----

**INI Initiativanträge**

---

INI-1	Jusos Oberbayern	Entspanntes Enteignen	57
INI-3	Jusos Oberpfalz	Rückholung Nguyen Quang Hong Nhan mit Familie	58
INI-5	Jusos Unterfranken	Dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz aberkennen	59

---

# **RLA Richtlinienändernde Anträge**

## **RLA Richtlinienändernde Anträge**

RLA-1 Landesvorstand	Änderung §2a	2
RLA-2 Landesvorstand	Änderung §2b	3
RLA-3 Landesvorstand	Änderung §2c	4
RLA-4 Landesvorstand	Änderung §2f	5
RLA-5 Landesvorstand	Änderung §3a	6
RLA-6 Landesvorstand	Änderung §4a	7
RLA-7 Landesvorstand	Änderung §4b	8
RLA-8 Landesvorstand	Änderung §4c	9
RLA-9 Landesvorstand	Änderung §4d	10
RLA-10 Landesvorstand	Änderung §5	11

# RLA-1

<b>Titel</b>	Änderung §2a
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §2a

- 1 §2a
- 2 Die Landeskonferenz hat insbesondere folgende Aufgaben:
- 3 – Kontrolle der Arbeit des Landesvorstandes
- 4 – Beratung über den politischen Bericht des Landesvorstandes
- 5 – Beratung über den Bericht des Landesvorstandes zum Stand der Verbandsorganisation
- 6 – Beratung über den Gleichstellungsbericht
- 7 – Beschlussfassung über gestellte Anträge
- 8 – Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm des Landesverbandes
- 9 – Wahl des Landesvorstands
- 10 – Wahl der Bundesausschussmitglieder und stellvertretenden Bundesausschussmitglieder aus den Rei-
- 11 hen des Landesvorstandes
- 12 – Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten des Landesverbandes zum Juso-Bundeskongress.
- 13 – Mitwirkung an der bundesverbandlichen Ausrichtung des Landesverbands

# RLA-2

<b>Titel</b>	Änderung §2b
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §2b

1 §2b

2

3 Die Landeskonferenz setzt sich zusammen aus 90 Delegierten. Auf jeden Bezirksverband entfallen hierbei fünf  
4 Grundmandate. Die verbleibenden Mandate verteilen sich nach dem Verfahren Hare-Niemeyer nach der Zahl  
5 der Juso-Mitglieder der Bezirksverbände auf diese. Zugrunde liegt die Mitgliederzahl des letzten Quartals vor  
6 der Einberufung.

# RLA-3

<b>Titel</b>	Änderung §2c
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §2c

1 §2c

2

3 Mit beratender Stimme nehmen die Mitglieder des Juso-Landesvorstandes an der Landeskonferenz

4 teil.

# RLA-4

<b>Titel</b>	Änderung §2f
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §2f

- 1 §2f
- 2 Zu Landeskonferenzen sind ferner Vertreter\*innen befreundeter Organisationen, insbesondere des Landes-
- 3 verbandes der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, des DGB-Landesjugendausschusses, sowie
- 4 des Landesjugendwerks der Arbeiterwohlfahrt sowie der Naturfreundejugend einzuladen.

# RLA-5

<b>Titel</b>	Änderung §3a
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §3a

1 §3a

2

3 (1) Zur Weiterentwicklung der inhaltlichen Positionen beruft der Landesvorstand Fachkonferenzen ein. Jähr-  
4 lich einberufen werden dabei ein Frauenkongress und ein arbeitsmarktpolitischer Kongress. Die Kongresse  
5 sind verbandsöffentlich und für entsprechende Kooperationspartner\*innen geöffnet.

6 (2) Für die fachliche Themenbearbeitung, kann der Landesvorstand Themenwerkstätten einrichten. Deren Lei-  
7 tung wird durch die Fachbeauftragten durchgeführt.

# RLA-6

<b>Titel</b>	Änderung §4a
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §4a

- 1 §4a
- 2 Der Landesvorstand führt die Beschlüsse der Landeskonferenzen aus. Der Landesvorstand erledigt die lau-
- 3 fenden Geschäfte und vertritt die Landesarbeitsgemeinschaft in der Öffentlichkeit.
- 4 Zwischen den Sitzungen des Landesvorstands, erledigt der geschäftsführende Vorstand die anfallenden Aufga-
- 5 ben, die nicht im Landesvorstand geregelt sind. Inhaltliche Entscheidungen sind jedoch dem Landesvorstand
- 6 vorbehalten.
- 7 Der Gesamtvorstand fungiert als beratendes Gremium.

# RLA-7

<b>Titel</b>	Änderung §4b
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §4b

- 1 §4b
- 2 (1) Der Landesvorstand setzt sich zusammen aus:
  - 3 – Der/dem Vorsitzenden
  - 4 – Zwei gleichberechtigten Stellvertretungen
  - 5 – Den 12 Sprecher\*innen für Fachgebiete
- 6 (2) Die 12 Sprecher\*innenressorts gliedern sich in:
  - 7 – Bildung
  - 8 – Innen, Demokratie und Antifaschismus
  - 9 – Internationales und Europa
  - 10 – Wirtschafts- und Sozialpolitik
  - 11 – Umwelt und Energie
  - 12 – Frauen und Gleichstellung
  - 13 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
  - 14 – Online-Kommunikation
  - 15 – Politische Bildung
  - 16 – Kampagnen und Publikationen
  - 17 – Verbandsstruktur
  - 18 – Bündnisarbeit und Vernetzung
- 19 (3) Vorsitz und beide Stellvertretungen bilden den geschäftsführenden Vorstand. Mit beratender Stimme
- 20 nimmt an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstands ebenfalls der/die Landessekretär\*in teil.

# RLA-8

<b>Titel</b>	Änderung §4c
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §4c

- 1 §4c
- 2 (1) Die Wahl des Landesvorstands findet jährlich statt.
- 3 (2) Scheidet ein Landesvorstandsmitglied vorzeitig aus, muss zur nächsten Landeskonferenz die Position
- 4 neu gewählt werden. Der Landesvorstand kann bis zur nächsten Landeskonferenz den Aufgabenbereich kom-
- 5 missarisch besetzen. Der Landesvorstand kann zusätzliche Sonderbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete
- 6 ernennen (Kooptierung). Diese müssen von der nächsten Landeskonferenz bestätigt werden.

# RLA-9

<b>Titel</b>	Änderung §4d
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §4d

- 1 §4d
- 2 (1) Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des Landesvorstands teil:
  - 3 – Mitglieder des Landesverbands im Bundesvorstand der Jusos
  - 4 – Der oder die Vertreter\*in des Landesverbands im SPD-Landesvorstand
  - 5 – Die Vorsitzenden der Regionalbezirke. Sollten diese verhindert sein, dürfen Vertretungen benannt wer-
  - 6 den.
  - 7 – Eine Vertretung der Juso-Schüler\*innen- und Auszubildendengruppe Bayern
  - 8 – Eine Vertretung der Juso-Hochschulgruppen in Bayern
  - 9 – Der oder die Landessekretär\*in
- 10 (2) Ferner werden als Mitglieder des Gesamtvorstands der Jusos Bayern die in den SPD-Bundes- oder Lan-
- 11 desvorstand gewählten Juso-Mitglieder beratend eingeladen.

# RLA-10

<b>Titel</b>	Änderung §5
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Änderung §5

- 1 §5
- 2 Der Landesvorstand kann über die Einsetzung von Projektgruppen bestimmen. Deren Leitung wird durch ei-
- 3 nen gesonderten Beschluss seitens des Landesvorstands bestimmt und eingesetzt.

# AP Arbeitsprogramm

## AP Arbeitsprogramm

---

AP-1	Landesvorstand	Alles auf Links wenden. Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2019/2020	13
------	----------------	---	----

---

# AP-1

<b>Titel</b>	Alles auf Links wenden. Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2019/2020
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Alles auf Links wenden. Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2019/2020

- 1 Wir Jusos sind ein eigenständiger Richtungsverband. Wir sind sozialistisch, feministisch und  
 2 internationalistisch. Dem Antifaschismus sind wir verpflichtet. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der alle  
 3 Menschen frei und gleich sind und solidarisch füreinander eintreten.  
 4
- 5 Wir Jusos sind eine Jugendbewegung. Wir bieten jungen Menschen eine Plattform, um sich  
 6 über linke Positionen auszutauschen, zu bilden und gemeinsam für eine bessere, eine sozialistische Gesell-  
 7 schaft zu kämpfen. Wir wollen neue Mitstreiter\*innen für die jungsozialistische Bewegung gewinnen und sie  
 8 dauerhaft binden. Wir werden deshalb unsere Mitgliederwerbung verstetigen und noch stärker auf betei-  
 9 gungsorientierte Prozesse achten.  
 10
- 11 Wir Jusos sind eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD. Wir bleiben der Mutterpartei in kritischer Solida-  
 12 rität verbunden. Wir wollen den Zusammenhalt in der Partei stärken und vor allem linken Genossinnen und  
 13 Genossen aller Altersklassen ein Ankerpunkt sein. In der Gremienarbeit wollen wir ständige Ansprechpart-  
 14 ner\*innen sein, um die Erneuerung der Partei zusammen mit den jungsozialistischen Genoss\*innen Hand in  
 15 Hand voran zu tragen.
- 16 Wir werden weiterhin unsere Überzeugungen und Positionen vehement in die SPD tragen und uns für ihre  
 17 Umsetzung stark machen. Dazu gehört auch, dass wir unsere Mitglieder, die sich als Jusos verstehen, dabei  
 18 fördern für SPD-Ämter zu kandidieren.  
 19
- 20 **Kommunalwahl**  
 21
- 22 Beste Gelegenheit dazu ist die anstehende Kommunalwahl. Wir werden sie nutzen. Wir werden Jusos em-  
 23 powern und ermutigen sich für die Kommunalwahlen aufstellen zu lassen. Sowohl auf Gemeinde, Stadt und  
 24 Kreis Ebene als auch als Bürgermeister\*innen oder Landrät\*innen. Die Kommunalwahl 2020 ist für uns Jusos  
 25 und die Sozialdemokratie in Bayern eine richtungsweisende Wahl. Hier müssen wir den Menschen vor Ort zei-  
 26 gen, dass es sich lohnt ihre Stimme für eine sozialistisch demokratische Zukunft zu geben. Deshalb wollen wir  
 27 den Kommunalwahlkampf im kommenden Jahr aktiv mitgestalten. Dabei ist vor allem die Unterstützung der  
 28 Juso Strukturen vor Ort wichtig. Für die Kommunalwahl 2020 wollen wir den Jusos in den Gemeinden, Städten  
 29 und Landkreisen auch inhaltliche Unterstützung geben. Dazu wollen wir ein Jugendwahlprogramm zur Kom-  
 30 munalwahl als Vorlage für die Unterbezirke erarbeiten. Denn unsere Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit  
 31 und Solidarität wollen wir auch direkt vor Ort umsetzen.  
 32

33 Für den Wahlkampf wollen wir unsere How-to-Broschüre nochmals ergänzen und den Unterbezirken zugäng-  
34 lich machen. Zum Kommunalwahlkampf führen wir 2020 einen Basiskongress durch, auf dem wir unter an-  
35 derem auch Wahlkampfworkshops anbieten. Beim Online Wahlkampf werden wir die Juso-Strukturen vor Ort  
36 beraten und unterstützen. Wichtig ist uns vor allem der Support unserer Juso-Kandidierenden. Dabei muss  
37 klar sein, dass nicht jede Kandidatur unter 35 automatisch eine Juso-Kandidatur ist. Weiterhin werden wir ak-  
38 tive Jusos, die sich bei uns engagieren und unsere Inhalte teilen, in besonderem Umfang unterstützen. Um  
39 dies besser koordinieren zu können, wird ein Unterstützer\*innenpool angelegt, über den zentral zu Veran-  
40 staltungen und Aktionen informiert und mobilisiert wird. Um den Austausch unter den Kandidierenden zu  
41 gewährleisten werden wir eine Vernetzungsgruppe einrichten, die über den gesamten Wahlkampf hinweg be-  
42 stehen bleibt.

43

#### 44 **Solidarität mit den Ost-Landesverbänden**

45

46 Noch vor den Kommunalwahlen in Bayern finden noch in diesem Jahr Landtagswahlen in Brandenburg und  
47 Sachsen (01.09.) und in Thüringen (27.10.) statt. Die ostdeutschen Juso-Verbände stehen dabei vor zahlreichen  
48 Herausforderungen: ein sehr niedriger Organisationsgrad, kaum hauptamtliche Strukturen, eine immer stär-  
49 ker werdende AfD. Wir dürfen unsere Genoss\*innen mit dieser Situation nicht alleine lassen! Genau so wie  
50 wir im Landtagswahlkampf 2018 unterstützt wurden, wollen wir dieses Jahr gemeinsame Wahlkampf-Touren  
51 nach Sachsen, Thüringen und Brandenburg organisieren. Dort wollen wir tatkräftig im Wahlkampf, insbeson-  
52 dere in den letzten Wochen vor der Wahl, mit anpacken und so viel Menschen wie möglich von unseren Kandi-  
53 dat\*innen und von unserem Programm überzeugen. Das gilt insbesondere für die Wahlkreise, in denen Jusos  
54 kandidieren.

55

#### 56 **Linkswende**

57

58 Zum 50-jährigen Jubiläum der Linkswende werden wir in Bayern Jusos und Ehemalige aus dem gesamten  
59 Bundesgebiet begrüßen können. Wir als Jusos Bayern freuen uns Gastgeberin zu sein. Das Jubiläum wird am  
60 historischen Ort in der Alten Kongresshalle in München gefeiert. Um den Bundesverband bei der Ausrichtung  
61 zu unterstützen, übernehmen die Jusos Bayern die Buchung der Räume und gestalten ein Rahmenprogramm.  
62 Dazu wird die bereits eingesetzte Arbeitsgruppe Linkswende weitergeführt. Des Weiteren stellen wir zahlreiche  
63 Helfer\*innen zur Veranstaltung selbst.

64 Das Jubiläum der Linkswende ist für uns nicht nur ein Festakt, sondern auch ein Auftrag unsere grundlegenden  
65 Positionen immer wieder zu diskutieren und zu überprüfen. Als Jusos Bayern treiben wir deshalb ein neues  
66 Grundsatzprogramm der Jusos voran und bringen uns aktiv in den Prozess ein.

67

#### 68 **Bundesebene**

69

70 Insgesamt gestaltete sich die Arbeit auf Bundesebene in den letzten Jahren für die Jusos Bayern sehr posi-  
71 tiv. Mit Sepp Parzinger (Stellvertretender Bundesvorsitzender) und Hannah Fischer (Kooptiert für Umweltthe-  
72 men) sind wir im Bundesvorstand hervorragend vertreten. Mit unseren Anträgen auf Bundeskongressen sowie  
73 durch die Entsendung von Delegierten und Expert\*innen in die Bundesprojekten bestimmen wir die inhaltli-  
74 che Ausrichtung des Verbandes entscheidend mit. Diesen Kurs wollen wir auch in Zukunft aufrechterhalten  
75 und uns mit vollem Engagement im Bundesverband einbringen.

76

#### 77 **Internationales**

78

79 Die Jusos Bayern sind ein internationaler Richtungsverband, dessen Ziel es ist neben der inhaltlichen interna-  
80 tionalen Arbeit auch europäische und weltweite Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Wir Jusos sehen uns als  
81 Teil der internationalen sozialistischen Jugendbewegung und verfolgen das Ziel, dieser zu neuer Stärke zu ver-  
82 helfen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir wieder mehr Mitglieder für internationale Arbeit begeistern  
83 und Netzwerke über die Bundesgrenzen hinaus knüpfen. Dabei gilt es, bestehende Expertise zu nutzen und  
84 im politischen Bildungsprogramm attraktive Angebote zu schaffen.

85

86 Die wichtigsten Säulen unserer politischen Bildungsarbeit für die internationale Politik sollen das Grundla-  
87 genseminar der Themenwerkstatt Internationales und die Wochenenden der Themenwerkstätten sein. Die  
88 Wochenenden werden wir zunächst zur Weiterbildung, später zum Knüpfen neuer Kontakte und zum Auslo-  
89 ten neuer Internationaler Angebote für unsere Mitglieder nutzen. Einen Meilenstein dieser Angebote stellt die  
90 Delegationsreise nach Israel und Palästina im vergangenen Jahr dar. Auch diese bestehenden Kontakte gilt es  
91 zu pflegen und daraus feste Bündnisse zu schaffen. In diesem Jahr wird mit einer Incoming-Delegation aus  
92 diesen beiden Ländern die wertvolle Arbeit des vergangenen Jahres fortgesetzt.

93

94 Im Jahr der Europawahlen wollen wir einen besonderen Fokus auf die Europäische Union setzen. Es gibt viele  
95 Möglichkeiten für uns als Verband aktiv zu werden und uns einzumischen. Verbandsamps, insbesondere mit  
96 unseren Genoss\*innen in den Nachbarländern, wie Österreich und der Schweiz wollen wir auch in Zukunft  
97 pflegen. Aber auch neue Bündnisse sind für uns wichtig. In diesem Zusammenhang stellen sich auch folgen-  
98 de Fragen: Wie geht es mit der Labour Party im Vereinigten Königreich nach dem Brexit weiter? Wie arbeiten  
99 die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Ungarn und Polen, wenn rechtsstaatliche Prinzipien  
100 ausgehöhlt werden? Wie können wir unsere Schwesterverbände in den Ländern des ehemaligen Jugoslawi-  
101 ens bei ihren Kampagnen für Wohlstand und gegen Korruption stärken? Hier bietet es sich an Treffen und  
102 Delegationsreisen zu organisieren, wo es unsere Ressourcen erlauben. Wir wollen zudem daran arbeiten, die  
103 Bewerbungs- und Auswahlprozesse solcher Formate so inklusiv und transparent wie möglich zu gestalten.  
104 Unser Ziel ist es, Veranstaltungsformate zu entwickeln, bei denen alle Jusos dabei sein können.

105

106 Wir werden uns auch an der internationalen Arbeit unseres Bundesverbandes aktiv beteiligen. Wir begleiten  
107 die Arbeit der Young European Socialists, sowie der International Union of Socialist Youth kritisch und werden  
108 die Bündnisarbeit des Juso-Bundesverbandes stärken. Wir setzen uns hier für handlungsfähige internationale  
109 Dachverbände ein, die leicht zugängliche Angebote für unsere Mitglieder schaffen. Wir empowern mehr Jusos  
110 aus Bayern, das Seminarprogramm unserer Dachverbände wahrzunehmen und hier als Multiplikator\*innen  
111 zu wirken.

112

### 113 **Antifaschismus**

114

115 Wir Jusos Bayern sind ein antifaschistischer Richtungsverband. Der Kampf gegen Rechts nimmt einen zentra-  
116 len Platz in unserer politischen Arbeit ein – in der theoretischen Arbeit wie auch auf der Straße. Mit Erschrecken  
117 müssen wir feststellen, dass sich menschenfeindliche Ansichten wieder stärker in die politische Kultur dieser  
118 Gesellschaft fressen. Die Arbeiter\*innenbewegung und in ihr die Sozialdemokratie sind seit jeher und wer-  
119 den immer ein glaubhaftes Bollwerk gegen solche Entwicklungen sein. Wir verstehen es als unsere Aufgabe  
120 als Jusos, dies immer wieder in Erinnerung zu rufen. Für unsere praktische Arbeit gegen Rechtsextremismus  
121 werden wir uns auch weiterhin in antifaschistischen Bündnissen engagieren und an der Organisation und  
122 Durchführung von Demonstrationen beteiligen. Darüber hinaus schärfen wir unser theoretisches Profil in der  
123 Themenwerkstatt Inneres und in den Seminaren unseres Bildungsprogramms.

### 124 **Feminismus**

125 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Feminismus ist für uns keine leere Worthülse, die wir uns  
126 auf unsere Fahnen schreiben – wir füllen Feminismus mit Leben und werden weiterhin für eine gleichgestellte  
127 Welt kämpfen.

128 Im Rahmen dessen haben wir in den vergangenen Jahren viel Bildungsarbeit geleistet, unter anderem die  
129 Frauen\*konferenz. Diese möchten wir auch im nächsten Jahr wieder durchführen. Für einen Verband, der  
130 seine weiblichen Mitglieder empowert, ist diese Veranstaltung ein Paradebeispiel.

131 Unsere Themenwerkstatt Frauen und Gleichstellung, in der Juso-Frauen sich vernetzen können und auch in-  
132 haltlich unseren Verband weiterhin feministisch prägen, ist eine weitere tragende Säule unserer Arbeit.

133 Im Rahmen unseres Bildungsprogramms wird weiterhin ein Fokus auf Feminismus gelegt. Das Frauen-  
134 Rhetorikseminar ist inzwischen fester Bestandteil unserer Frauenförderung. Daraus erwachsen sind vernetzte,  
135 starke Frauen, die für ihre Rechte immer wieder ihre Stimme erheben.

136

### 137 **Themenwerkstätten**

138 Eine vitale inhaltliche Arbeit ist ohne starke Themenwerkstätten undenkbar. Sie werden auch im nächsten Jahr  
139 die inhaltliche Arbeit des Landesverbands zwischen den Landeskonferenzen leisten. Die Öffnung der Themen-  
140 werkstattswochenenden für alle Mitglieder hat sich bewährt, wir müssen jedoch weiterhin Konzepte entwi-  
141 ckeln, wie die Arbeit der Kommissionen noch mehr an Kontinuität und Professionalität gewinnen kann. Die  
142 bewährte Struktur des Tagens an drei Wochenenden pro Jahr wird fortgeführt. Die sechs Themenwerkstätten  
143 sind:

144 • Innenpolitik, Demokratie und Antifa (IDA)

145 • Wirtschaft und Soziales

146 • Umwelt und Energie

147 • Internationales und Europa

148 • Bildung

149 • Frauen und Gleichstellung

### 150 **Öffentlichkeitsarbeit**

151

152 Unsere Gestaltungsfähigkeit hängt nicht nur von guten Ideen ab, sondern auch davon, wie wir sie kommu-  
153 nizieren und verbreiten. Entsprechend müssen wir uns nicht nur als linker Gegenpol zu neoliberalen Kräften  
154 positionieren, sondern auch als solcher in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Daher kommt der Öff-  
155 fentlichkeitsarbeit eine zentrale Rolle in der Vorstandsarbeit zu. Unser Ziel ist es dabei, die von uns gefassten  
156 Ideen, Beschlüsse und Überzeugungen unmissverständlich in der Öffentlichkeit zu platzieren und eine eindeu-  
157 tige Identifizierung mit uns zu gewährleisten. Wir sind die zentrale, linke Kraft in Bayern und als solche müssen  
158 wir in der öffentlichen Debatte auch wahrgenommen werden.

159

160 Wir forcieren die Verstärkung unserer medialen Präsenz sowie die Verbreiterung unserer

161 Reichweite in den sozialen Kanälen. Innerhalb des letzten Jahres haben wir durch stetige Arbeit in den sozia-  
162 len Netzwerken die 4.500-Follower-Marke auf Facebook und die 1.500er-Marke auf Twitter überschritten. Wir  
163 setzen uns mindestens 5.000 Likes auf Facebook bis 2020 zum Ziel. Die Arbeit auf Instagram wird ausgebaut:  
164 Durch regelmäßige Posts über die Vielfalt der Aktivitäten und Themengebiete unseres Verbands, Abwechslung  
165 in der Art der Medien, Austausch im Verband und darüber hinaus.

166 Wir werden eine gesonderte Klausurtagung für die Social Media Arbeit durchführen. Ergebnisse und beschlos-  
167 sene interne Arbeitsabläufe sollen anschließend Zuständigen in der Online-Arbeit vor Ort zur Verfügung ge-  
168 stellt werden.

169

170 Wir wollen unsere Pressearbeit weiter professionalisieren, indem wir die Themenwerkstätten stärker einbin-  
171 den und Know How einholen. Insbesondere inhaltliche Meldungen zur Landespolitik sollen ausgebaut werden.  
172 Pressemitteilungen des Juso-Landesverbandes sollen zukünftig stärker für die Arbeit vor Ort genutzt werden

173 können. Mediale Aufmerksamkeit ist in lokalen Medien leichter zu erzielen als auf überregionaler Ebene. Wir  
174 werden daher vermehrt Pressemitteilungen für die lokalen Gliederungsebenen zur Verfügung stellen.

### 175 **Juso-Hochschulgruppen und Juso-Schüler\*innen und Auszubildendengruppe Bayern (JSAG)**

176 Die Juso-Hochschulgruppen und die Juso-Schüler\*innen- und Auszubildendengruppe Bayern stellen bedeu-  
177 tende Vorfeldorganisationen an den bayerischen Schulen, Universitäten und Hochschulen dar. Die Wahlen  
178 der Studierendenvertretungen stellen trotz der gesetzlichen Nichtverankerung der ASten eine wichtige Platt-  
179 form für Jusos dar, die sich gezielt für verbesserte Studienbedingungen und einen freien Zugang zu Bildung  
180 einsetzen. Besonders erfreulich ist, dass es neben einigen Neugründungen auch wieder eine sehr beständige  
181 Arbeit der Hochschulgruppen im Rahmen der Landeskoordinierungstreffen gibt. Diese kann auch im kommen-  
182 den Jahr auf die tatkräftige Unterstützung des Landesvorstands zählen. Insbesondere auch bei Wahlkämpfen  
183 zu Hochschulwahlen.

184 Der Landesvorstand begrüßt die inhaltlich ausgewogene Ausrichtung der JSAG, die sich sowohl mit der Schul-  
185 bildung als auch in besonderem Maße mit Berufsausbildung befasst, ausdrücklich. Der Landesvorstand wird  
186 die Arbeit der JSAG in diesem Sinne weiterhin gerne unterstützen.

### 187 **Bündnisarbeit**

188

189 Um unserer Idee eines demokratischen Sozialismus Schritt für Schritt näher zu kommen, braucht es eben-  
190 falls Mitkämpfer\*innen außerhalb der Parteistrukturen. Wie schon in den letzten Jahren, legen wir aus diesem  
191 Grund viel Wert auf den Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden der Arbeiter\*innen-  
192 bewegung und befreundeten Organisationen.

193

194 Dabei ist es wichtig eine gute, bestehende Zusammenarbeit zu pflegen, wie es zum Beispiel mit der DGB Jugend  
195 und den Jugendorganisationen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften der Fall ist und den Kontakt zu anderen  
196 Bündnispartner\*innen zu knüpfen, oder wieder aufzufrischen. Viele Mitglieder der Jusos Bayern sind auch in  
197 anderen Organisationen aktiv, diese direkten Verbindungen werden wir hierfür verstärkt nutzen.

198 Die Idee ist es unsere Verbündeten nicht nur zu unseren Veranstaltungen einzuladen, sondern auch aktiv  
199 an unserer inhaltlichen Arbeit zu beteiligen. So planen wir gemeinsame themenbezogene Veranstaltungen  
200 zu organisieren, wie es mit dem inzwischen jährlich stattfindenden Arbeitsmarktpolitischen Kongress der Fall  
201 ist.

202 Der Austausch und die Zusammenarbeit auf diesem Kongress verdeutlicht genau, dass gemeinsame Ziele mit  
203 vereinten Kräften erreicht werden können. Wie erfolgreich diese Zusammenarbeit ist zeigt nicht nur, dass  
204 diverse auf dem Kongress entstandene Anträge inzwischen Beschlusslage der Jusos auf Bundesebene sind,  
205 sonder auch Teil der Debatte um die Novellierung des BBiG und sowohl vom Parteivorstand, als auch der  
206 Bundestagsfraktion mitgetragen werden. Auch 2019 werden wir zusammen mit der DGB Jugend Themen dis-  
207 kutieren, die vor allem junge Arbeitnehmer\*innen, Auszubildende und dual Studierende betreffen. Als Jung-  
208 sozialist\*innen gewerkschaftlich organisiert und engagiert zu sein, gehört zu unserem Selbstverständnis als  
209 Teil der internationalen Arbeiter\*innenbewegung.

210

211 Verstärken mochten wir die Zusammenarbeit mit anderen AGs innerhalb der SPD. Das Expert\*innenwissen,  
212 welches wir in AGs wie SPD Queer oder der AsF finden, wollen wir nutzen. Des Weiteren sind sie für uns wichtige  
213 Ansprechpartner\*innen um gemeinsame Themen innerhalb der Mutterpartei zu setzen.

214

### 215 **Evaluation der GroKo innerhalb der SPD**

216

217 Insbesondere zur Evaluation der Großen Koalition bietet sich ein solche Zusammenarbeit an: Es war die Vor-  
218 bedingung der Groko-Debatte in der SPD: 2020 – zur Halbzeitpause – wird bewertet, ob sich die Hoffnungen  
219 in der neuen Koalition bewährt haben.

- 220 Für uns steht fest: Die natürliche Konsequenz aus dieser Prämisse bedeutet ein Ende der GroKo.
- 221 Noch mehr als zuvor beweist sich die Union als kompromisslos, setzt sich über die Koalitionspartnerin hinweg  
222 und inszeniert interne Konflikte. Nach diversen Blamagen wie etwa in der Causa Maaßen und den resultie-  
223 renden Wahlniederlagen in den Ländern hängt vielleicht nicht zuletzt der Fortbestand unserer Mutterpartei  
224 daran, diese Koalition aufzukündigen. Ein Bruch muss an Inhalten festgemacht werden, wodurch eine inhalt-  
225 liche Festigung und letztlich auch ein Linksruck unvermeidlich ist.
- 226
- 227 Nur durch eine inhaltliche Stärkung kann auch vermieden werden, dass die Zeit in der Opposition nicht wie  
228 2009-2013 zur Wartezeit verkommt. Es braucht nicht weniger als einen alternativen Gesellschaftsentwurf zur  
229 bürgerlichen, neoliberalen und teils reaktionären politischen Rechten von Union, Freien Wähler, FDP und  
230 AfD.
- 231
- 232 Zuvorderst muss das in Bayern passieren. Die Härte der Wahlniederlage ist sicherlich auch auf die sozialde-  
233 mokratische Politik in Berlin zurückzuführen. Dies reicht allerdings als Begründung nicht aus, wie das hes-  
234 sische Ergebnis im Vergleich zeigt. Konsequenz muss sein, dass man zum einen in Berlin kräftig auf die viel  
235 beschworene Erneuerung pocht, allerdings zuhause im eigenen Landesverband unabhängig davon Conse-  
236 quenzen zieht.
- 237
- 238 In unseren Erwartungen zur Neuaufstellung der SPD in Bund und Freistaat sehen wir gute Ansätze in den  
239 jeweiligen Vorständen. Nichtsdestotrotz ist es unsere Aufgabe und Verantwortung als Jusos, diese Entwick-  
240 lungen voranzutreiben und zu forcieren. Das bedeutet auch kein Ende der solidarischen Auseinandersetzun-  
241 gen.
- 242
- 243 Wir bleiben kämpferisch. #noGroKo

# A Arbeit und Ausbildung

## A Arbeit und Ausbildung

A-1	Jusos Oberbayern	Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!	20
A-3	Jusos Schwaben	Gute Arbeit – Fairer Lohn. Jetzt auch für Pflegekinder!	22
A-4	Jusos Unterfranken	Meldepflicht der Arbeitgeber*innen von offenen Stellen	23

# A-1

<b>Titel</b>	Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz

---

## Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!

- 1 Eine Probe- und Abtastphase ist notwendig und sinnvoll zu Beginn eines Beschäftigungsverhältnisses. Die-  
2 ses
- 3 muss jedoch im Verhältnis zur Beschäftigung und zur Beschäftigungsdauer stehen. Die derzeitige Rege-  
4 lung
- 5 der Probezeit steht in keinsten Weise in einem so gearteten Verhältnis.
- 6 Die möglichen Auslegungen der Probezeitregelungen dienen hauptsächlich dem Interesse der Arbeitgeben-  
7 den. Zwar ist im im BGB festgelegt, dass die Probezeit „längstens für die Dauer von sechs Monaten“ gilt,  
8 den-
- 9 noch sieht es in der Realität anders aus. Eine Probezeit, die mit sechs Monaten ausgelegt ist, wird in der Re-  
10 gel
- 11 nicht geprüft und muss nicht begründet werden. In einigen Berufen ist es allerdings üblich, selbst wenn die-  
12 se
- 13 Arbeitsverhältnisse befristet sind, die Probezeit zu verlängern. Hierbei handelt es sich meist um künstleri-  
14 sche
- 15 Berufe. Auch in diesen Berufssparten finden wir, muss eine Feststellung der Kompatibilität zwischen  
16 der\*dem
- 17 Arbeitgebenden und der\*dem Arbeitnehmenden innerhalb sechs Monate möglich sein. Deswegen fordern wir  
18 die maximale Dauer der Probezeit, ohne Ausnahme, auf sechs Monate zu beschränken.
- 19 Des Weiteren ist sogar eine Probezeit, die über die Anstellungsdauer hinausgeht, möglich. Ist eine Person  
20 zum
- 21 Beispiel für vier Monate angestellt, kann die Probezeit trotzdem sechs Monate betragen. Bei einer Verlänge-  
22 rung der Anstellung, verfallen die zwei Monate nicht, sondern werden einfach weiterhin als Probezeit gewer-  
23 tet.
- 24 Dies bedeutet eine wahnsinnige Unsicherheit und einen riesigen Druck auf Arbeitnehmende, die sich in die-  
25 sen
- 26 Fällen eh schon in befristeten Arbeitsverhältnissen befinden. Aus diesem Grund fordern wir eine Staffelung  
27 der
- 28 Dauer der Probezeit, die sich an der Dauer der Anstellung misst und diese in keinem Fall überschreiten  
29 darf.
- 30 Außerdem ist die Möglichkeit Arbeitnehmer\*innen zur Erprobung zu befristen abzuschaffen, die Probezeit  
31 ist

- 32 hier ausreichend. §14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 TzBfG ist daher zu streichen.
- 33 Als weiteres Manko sehen wir auch den Geltungsbereich und das geltend werden des Kündigungsschutz-  
34 gesetzes. Selbst bei einer dreimonatigen Probezeit, gilt die Schutzwirkung des Kündigungsschutzgesetzes  
35 erst
- 36 nach dem sechsten Monat der Betriebszugehörigkeit eines\*einer Arbeitnehmer\*in. Dies gilt auch nur für Be-  
37 triebe mit mehr als 10 Angestellten. Um hier nicht eine versteckte Verlängerung der Probezeit zu ermögli-  
38 chen,
- 39 fordern wir das Inkrafttreten des Kündigungsschutzgesetzes mit dem Tag des Auslaufens der Probezeit.  
40 Dies
- 41 muss auch für Kleinbetriebe gelten. Es ist für uns nicht ersichtlich, weshalb Arbeitnehmende in Kleinbetrie-  
42 ben
- 43 unter einem geringerer Arbeitnehmer\*innenschutz leiden sollten.

# A-3

**Titel** Gute Arbeit – Fairer Lohn. Jetzt auch für Pflegekinder!  
**Antragsteller\*innen** Jusos Schwaben  
**Adressat\*innen**

---

## Gute Arbeit – Fairer Lohn. Jetzt auch für Pflegekinder!

- 1 Pflegekinder sind verpflichtet, bis zu 75 Prozent ihres Einkommens, beispielsweise Ausbildungsvergütungen,  
2 als Kostenbeitrag abzugeben. Wir sehen dies als unsozial und unsolidarisch an und fordern eine Abschaffung  
3 des §94 VI SGB VIII.
- 4 Junge Erwachsene, die ins Berufsleben eingestiegen sind, müssen einen Kostenbeitrag an das Jugendamt ab-  
5 treten, der bis zu 75% des Einkommens betragen kann. Hier bedient sich der Staat bei Heranwachsenden,  
6 die gerade lernen Verantwortung zu übernehmen. Die Begründung für diese horrenden Abgaben ist, dass  
7 die Pflegeeltern Bezüge für das Pflegekind erhalten. Hat das Pflegekind nun ein eigenes Einkommen, so holt  
8 sich der Staat hier Geld zurück. Dies widerspricht nicht nur unserem Solidaritätsprinzip, man kündigt es hier  
9 für die mitunter Schwächsten unserer Gesellschaft regelrecht auf! Das Pflegekind kann nichts dafür, in einer  
10 Pflegefamilie aufzuwachsen. Darüber hinaus erscheint es kontraintuitiv, gerade die Azubis zu belasten. Hier-  
11 durch wird die Abhängigkeit der Pflegekinder von den Pflegeeltern verfestigt. Während beispielsweise bei der  
12 Bafög-Berechnung das Azubi-Einkommen der Geschwister beim Einkommen der Eltern angerechnet werden,  
13 da der Staat davon ausgeht, dass die Azubis weniger Geld von ihren Eltern benötigen und diese damit mehr  
14 Einkommen zur Verfügung haben, zelebriert man bei Pflegekindern eine Abhängigkeit von den Pflegeeltern.  
15 Wir Jusos stehen dafür, dass gute Arbeit gerecht entlohnt werden soll. Es kann nicht richtig sein Jugendlichen  
16 zu vermitteln, dass sie von beispielsweise 800€ Ausbildungsvergütung nur 200€ behalten dürfen, während  
17 die Arbeit der Mit-Azubis mit dem vollen Betrag entlohnt wird. Mit dem Gesetz zur Stärkung von Kindern und  
18 Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) wurde in der letzten Legislaturperiode auf Bundes-  
19 ebene versucht, den Kostenbeitrag auf 50% abzusenken und Freibeträge einzuführen. Das Gesetz wurde je-  
20 doch vom Bundesrat nicht angenommen. Diese Punkte waren zwar grundsätzlich begrüßenswert, gehen uns  
21 jedoch nicht weit genug. Wir fordern deshalb die Abschaffung des §94 VI SGB VIII um arbeitenden Pflegekin-  
22 dern gerechten Lohn zu ermöglichen.

# A-4

**Titel** Meldepflicht der Arbeitgeber\*innen von offenen Stellen  
**Antragsteller\*innen** Jusos Unterfranken  
**Adressat\*innen**

---

## Meldepflicht der Arbeitgeber\*innen von offenen Stellen

- 1 Wir fordern eine grundsätzliche Meldepflicht aller Arbeitgeber\*innen für alle zu besetzenden Stellen in sämtlichen Berufsarten an die Bundesagentur für Arbeit. Die Stellenangebote sollen innerhalb von zwei Wochen
- 2 online und kostenlos aufzugeben sein.
- 3

# B Bildung

## B Bildung

B-2	Jusos Oberbayern	Kostenlose Schulverpflegung und Ernährungsbildung für Schüler*innen	25
B-4	Jusos Schwaben	Antrag auf Änderung der Förderrichtlinien des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)	26

# B-2

<b>Titel</b>	Kostenlose Schulverpflegung und Ernährungsbildung für Schüler*innen	
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern	
<b>Adressat*innen</b>	BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	BayernSPD-

---

## Kostenlose Schulverpflegung und Ernährungsbildung für Schüler\*innen

- 1 Eine ausgewogene Ernährung und das Wissen über die Zubereitung von Mahlzeiten sind essentiell für ein  
2 gesundes Leben. Der Zugang dazu ist jedoch eine Klassenfrage, da hochwertige, gesunde Lebensmittel in der  
3 Regel teuer sind und für die Zubereitung einer Mahlzeit Zeit benötigt wird, die arbeitenden Menschen häufig  
4 nicht zur Verfügung steht.
- 5 Um diesem Missstand zumindest teilweise entgegen zu wirken, ist es besonders wichtig Kinder und Jugendliche  
6 umfassend über Ernährungsfragen aufzuklären und während der Schulzeit ein entsprechendes Verpflegungs-  
7 angebot zu schaffen. Deshalb fordern wir:
- 8 • An allen Schulen soll kostenlose Mittagsverpflegung mit warmen Mahlzeiten gewährleistet werden. Die  
9 Lebensmittel sollen regional und saisonal sein.
  - 10 • In regelmäßigen Abständen sollen Ernährungskunde- und Kochkurse an allen Schulen und in allen Jahr-  
11 gangsstufen abgehalten werden, die einen praktischen Teil beinhalten müssen.

# B-4

<b>Titel</b>	Antrag auf Änderung der Förderrichtlinien des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Schwaben
<b>Adressat*innen</b>	

---

## Antrag auf Änderung der Förderrichtlinien des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)

### 1 **Forderung:**

- 2 Wir fordern, dass die Richtlinie zur Förderung der Jugendsozialarbeit  
3 an Schulen – JaS folgende Anpassungen erhält:
- 4 • Die tatsächlichen Kosten der Vollzeitstelle der Sozialpädagog\*innen werden vollständig vom Freistaat  
5 übernommen. Die Bezahlung erfolgt weiterhin analog der Tätigkeitsmerkmale des TVöD für staatlich  
6 anerkannte Sozialpädagog\*innen (Diplom/Bachelor).
  - 7 • Perspektivisch sollen weder Schulart, Schulgröße noch der (zu geringe) Anteil der Schüler\*innen mit Mi-  
8 grationshintergrund Ausschlussgründe für die Bewilligung einer Förderung sein. Grundsätzlich sind alle  
9 staatlich anerkannten Schulen unabhängig von der Trägerschaft förderfähig, d.h. auch private Schulen.  
10 Bei der Schaffung und Besetzung der Stellen haben soziale Brennpunktschulen Priorität.
  - 11 • Ab 200 Schüler\*innen ist eine halbe Kraft verpflichtend und ab 400 Schüler\*innen eine Vollzeitkraft.  
12 Pro weitere 400 Schüler\*innen ist eine weitere halbe Kraft verpflichtend. Besteht an Schulen Bedarf für  
13 Jugendsozialarbeit, der über der mit der Schulgröße korrespondierenden Anzahl an JaS-Kräften liegt,  
14 so wird bedarfsabhängig mindestens eine weitere halbe JaS-Stelle bewilligt. Diese weiteren JaS-Stellen  
15 sind durch den besonderen pädagogischen Bedarf an Brennpunktschulen nötig.
  - 16 • Bereits bestehende Stellen von Jugendsozialarbeiter\*innen an Schulen – die bisher vollständig von den  
17 Kommunen getragen werden – sind förderfähig.

### 18 **Begründung:**

19 Aufgrund einiger gesellschaftlicher Faktoren wurde JaS bedarfsgerecht ausgebaut. Zu diesen Faktoren zählen:  
20 doppelte Berufstätigkeit, ein steigender Medienkonsum sowie die Verlagerung der Erziehungsaufgabe vom  
21 Elternhaus in die Schule.

22 Jugendsozialarbeit ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Diese liegt in § 13 Abs. 1 SGB VIII begründet:

23 (1) Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Be-  
24 einträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe  
25 sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in  
26 die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.

27 Jedoch kam es in den vergangenen Jahren kam es zu einer Ausweitung kommunaler Verantwortlichkeiten. Die-  
28 se Zunahme stellt die Kommunen vor erhebliche organisatorische und finanzielle Herausforderungen. Durch  
29 eine vollständige Kostenübernahme des JaS-Programms durch den Freistaat können Kommunen in Bayern  
30 finanziell entlastet werden.

31 Zudem ist diese Kostenübernahme auch darin begründet, dass Jugendsozialarbeit an Schulen auch eine klare  
32 staatliche Aufgabe ist. Denn die Schulen in Bayern liegen im Verantwortungsbereich des Bayerischen Staatsmi-

33 *nisteriums für Unterricht und Kultus*. Zudem ist in Art. 1 des *Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unter-*  
34 *richtswesen* (BayEUG) festgeschrieben, dass die Schule einen „Bildungs- und Erziehungsauftrag“ besitzt. Somit  
35 liegt Schulsozialarbeit sowohl im Verantwortungsbereich der Kommunen, als auch der *Bayerischen Staatsregie-*  
36 *rung*. Daraus leitet sich auch eine finanzielle Verantwortung der kostenstärkeren Landesebene ab.

37 Bisher erfolgt lediglich eine Teilfinanzierung des *JaS*-Programms durch den *Freistaat Bayern*. Im Rahmen dieses  
38 Programms beteiligt sich das *Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales* mit einem Festbetrag  
39 von 16.360 Euro pro Vollzeitstelle einer\*s Sozialpädagogin\*en an ausgewählten Schulstandorten. Diese finan-  
40 zielle Beteiligung erfolgt nur für Mittelschulen, Förderschulen und Berufsschulen mit „gravierenden sozialen  
41 und erzieherischen Problemen“, d.h. nur unter Nachweis eines erhöhten Jugendhilfebedarfs sowie an Grund-  
42 schulen mit einem Migrationsanteil von mind. 20%.

43 Der Festbetrag von 16.360 Euro pro Vollzeitäquivalent[1], mit dem sich der *Bayerische Freistaat* beteiligt, ist  
44 seit Beginn des Programms im Jahr 2003 nicht gestiegen, obwohl seitdem die Personalkosten gestiegen sind.  
45 Die Gesamtkosten für eine Vollzeitstelle einer\*s staatlich anerkannten Sozialpädagogin\*en auf rund 55.000  
46 bis 60.000 Euro im Jahr. Damit trägt der Freistaat aktuell nur etwa ein Viertel der Personalkosten pro Stel-  
47 le.[2]

48 Gefördert wird an der Schule eine halbe oder eine ganze Stelle eine\*r Sozialpädagog\*in. Laut der „Richtlinie  
49 zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen – JaS“ können nur „[a]n besonders belasteten Schulen oder  
50 an Volksschulen mit mehr als 400 Schülerinnen und Schülern [sic!] [...] ausnahmsweise auch bis zu zwei Stellen  
51 der JaS besetzt werden“. Dabei sind bereits bestehende Angebote der Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit  
52 von dieser Förderung bisher ausgeschlossen.

53 Die Förderung von Realschulen erfolgt im Rahmen des *JaS*-Programms nur in Einzelfällen. Im Jahr 2016 wa-  
54 ren nur 14 von insgesamt 1.154 Einsatzorten des *JaS*-Programms (= rund 855 Vollzeitstellen) Realschulen.[3]  
55 Eine Förderung von Gymnasien erfolgt im Rahmen des *JaS*-Programms bisher nicht und das obwohl 40% der  
56 Schüler\*innen in Bayern ein Gymnasium besuchen. Damit sind die betroffenen Schüler\*innen von sozialpäd-  
57 agogischer Betreuung mit Förderung der bayerischen Landesregierung ausgeschlossen.

58 Allerdings unterscheiden sich die sozialen und familiären Anforderungen für die Persönlichkeitsentwicklung  
59 von Kindern und Jugendlichen nicht maßgeblich an den verschiedenen weiterführenden Schularten. Sowohl an  
60 Mittelschulen, als auch an Realschulen und Gymnasien ist die Schüler\*innenschaft heterogen. Je nach indivi-  
61 dueller Problemlage benötigen die Jugendlichen Hilfeleistung bei Mobbing, Suchterkrankungen, Essstörungen,  
62 Integration, Inklusion, familiären Problemen usw.

# C Wohnen

## C Wohnen

---

C-1	Jusos Oberbayern	Gemeinden im Vorkaufsfall von der Provision befreien	29
-----	------------------	--	----

---

# C-1

<b>Titel</b>	Gemeinden im Vorkaufsfall von der Provision befreien
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress

---

## Gemeinden im Vorkaufsfall von der Provision befreien

1 In die §§ 24 ff. BauGB ist eine Regelung aufzunehmen, wonach im Fall der erfolgreichen Ausübung eines Vor-  
2 kaufsrechts durch Gemeinden und Städte Immobilienmakler keinen Anspruch auf Zahlung der im Rahmen  
3 des Erstvertrags vereinbarten Maklerprovision mehr haben. Diese Regelung könnte beispielsweise als neuer  
4 § 28 IIIa BauGB eingefügt werden.

5

6 Folge dieser Regelung wäre, dass die ungewisse Rechtslage geklärt und die Öffentlichkeit von umfangreichen  
7 Kosten beim Erwerb von Immobilien befreit wird. Derzeit haben die Gemeinden in der Regel keinerlei Verbin-  
8 dung und keinerlei Vorteile aufgrund der Tätigkeit der Makler\*innen, die sie jedoch aufgrund der unsicheren  
9 Rechtslage meist bezahlen, um der Öffentlichkeit möglicherweise unnötige Rechtsanwalts- und Gerichtskosten  
10 zu sparen.

11

12 Mittelbare Wirkung: den Gemeinden den Kauf von Grundstücken erleichtern

13 Immobilienmakler\*innen ist es zumutbar, die Gebiete zu kennen, in denen ein gemeindliches Vorkaufrecht  
14 besteht. Dies ist beispielsweise in Erhaltungssatzungsgebieten der Fall, die von den Gemeinden in Gebieten  
15 mit angespanntem Wohnungsmarkt erlassen werden können und öffentlich einsehbar sind. Mit dem Entfallen  
16 der Provision bei Ausübung des Vorkaufsrechts soll der Anreiz geschaffen werden, dass sich Makler\*innen  
17 mit dem Verkaufsangebot direkt an die jeweilige Gemeinde wenden. Diese kann dann entscheiden, ob sie  
18 ein Gebäude kaufen möchte oder nicht. Sofern dieser Kauf durch Makler\*innen erfolgreich vermittelt wurde,  
19 gelten die normalen Regelungen über die Zahlung einer Maklerprovision. Sofern die Gemeinde das Grundstück  
20 nicht erwerben möchte, soll sie dies im dem Makler im Zusammenhang mit dem Preis mitteilen.

21

22 Unmittelbare Wirkung: die Gemeinden sparen die Kosten der Provision

23 Erst wenn ein Kaufvertrag nicht zustande kommt oder sich ein\*e Makler\*in nicht an die Gemeinde gewendet  
24 hat wird die neue Regelung direkt relevant. Die Gemeinde kann ihr Vorkaufsrecht ausüben, vor allem wenn  
25 beispielsweise der Kaufpreis im privaten Vertrag deutlich niedriger ist. Denn die Wohnungsnot und das Ziel  
26 der Gemeinden, mehr Wohnraum zu erwerben, wird teilweise mit erhöhten Preisen und Forderungen miss-  
27 braucht. Durch das Entfallen der Provision erhalten Makler\*innen einen Anreiz, direkt mit fairen Angeboten  
28 auf die Gemeinden zuzugehen. Daher soll die Pflicht zur Zahlung der Provision entfallen, wenn die Gemeinde  
29 ihr Vorkaufsrecht ausübt. Dann können erhebliche Kosten für die Öffentlichkeit vermieden werden. Hier geht  
30 es um einen Immobilienwert von häufig etwa 10 Millionen €, bei dem die Provision mit beispielsweise 3,57%  
31 bereits 357.000 € beträgt.

32

33 Langfristig soll die Gebühr für den\*die Makler\*in von der Person getragen werden, die ihn\*sie beauftragt hat.  
34 Dies soll generell bei allen Immobilienverkäufen gelten.

# D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

## D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

---

D-1	Jusos Oberfranken	Freiwillige vor – alle anderen nicht!	31
D-2	Jusos Oberbayern	Offenlegungspflicht der Methoden für Wahlumfragen und Prognosen	32

---

# D-1

**Titel** Freiwillige vor – alle anderen nicht!

**Antragsteller\*innen** Jusos Oberfranken

**Adressat\*innen**

---

## Freiwillige vor – alle anderen nicht!

- 1 Wir lehnen die Verpflichtung zu sozialer oder gemeinnütziger Arbeit, ebenso wie den Wehrdienst, strikt ab.
- 2 Menschen dürfen auf keinen Fall zu gering bezahlter Arbeit gezwungen werden, um soziale Berufe zu stabilisie-
- 3 ren. Dies ist kein Engagement mehr, sondern Ausbeutung. Wir schlagen stattdessen die Förderung freiwilligen
- 4 Engagements vor:
  - 5 • Ausweitung des Mindestlohns auf freiwillige soziale, kulturelle, ökologische oder internationale Jahre
  - 6 • Deutliche Verbesserung der Ausbildungsbedingungen in sozialen Berufen, z.B. durch eine Mindestver-
  - 7 gütung oder besseren Arbeitszeiten
  - 8 • Die Garantie, für dieses freiwillige Engagement eine Reduzierung der Ausbildungs- oder Studiendauer
  - 9 zu erhalten

# D-2

<b>Titel</b>	Offenlegungspflicht der Methoden für Wahlumfragen und Prognosen
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress

---

## Offenlegungspflicht der Methoden für Wahlumfragen und Prognosen

- 1 Einordnungspflicht von Wahlumfragen
- 2 Die Jusos setzen sich auf geeigneten Ebenen für eine Einordnungspflicht von Wahlumfragen und Prognosen
- 3
- 4 in der öffentlichen Berichterstattung ein. Dies umfasst jegliche Art der Veröffentlichung von Wahlumfragen
- 5
- 6 und Prognosen. Diese sollen als solche gekennzeichnet werden müssen, darüber hinaus soll es jeder/jedem
- 7
- 8 ermöglicht werden, die Entstehung der jeweiligen veröffentlichten Umfrage oder Prognose und die jeweiligen
- 9
- 10 Hintergründe auf einer oberflächlichen, leicht zugänglichen Ebene nachzuvollziehen.

# E Europa

## E Europa

---

E-3	Jusos Niederbayern	Aus den Fehlern der Finanzkrise lernen: Wie wir die Währungs- union krisenfest machen	34
-----	-----------------------	--	----

---

# E-3

<b>Titel</b>	Aus den Fehlern der Finanzkrise lernen: Wie wir die Währungsunion krisenfest machen
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Niederbayern
<b>Adressat*innen</b>	

---

## Aus den Fehlern der Finanzkrise lernen: Wie wir die Währungsunion krisenfest machen

1 Seit der Finanzkrise 2008 steht die Europäische Währungsunion (EWU) politisch infrage. Kritiker\*innen der  
 2 EWU teilen sich auf in jene, die eine Gemeinschaftswährung mit in ihrer Wirtschaftsstruktur unterschiedlichen  
 3 Mitgliedsstaaten grundsätzlich ablehnen, weil sie den Verlust nationaler geldpolitischer Autonomie nicht für  
 4 kompensierbar halten. Ferner gibt es jene, die die EWU grundsätzlich für richtig halten, jedoch Mängel bei der  
 5 Ausgestaltung dahingehend sehen, dass die EWU zu fiskalischer Undiszipliniertheit führt. Ihrer Ideologie folgte  
 6 auch die Austeritäts- und Sparpolitik sowie der Drang zu Strukturreformen (also zur Kürzung von Sozialleistun-  
 7 gen und zum Abbau des Staatsapparats). Und schlussendlich gibt es noch jene, die grundlegende Probleme  
 8 bei der Ausgestaltung der EWU sehen, welche ein Verändern des Maastricht-Vertrags einerseits sowie ein In-  
 9 tensivieren der europäischen Integration andererseits erfordern. Im Folgenden wird die Position der letzten  
 10 Gruppe vertreten.

11 Zwar sind die Debatten über die Finanzkrise längst aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden. Dennoch er-  
 12 leben wir bis heute die Auswirkungen der Krise sowie einer gescheiterten Krisenpolitik. Zahlreiche Länder der  
 13 EWU, allen voran Griechenland, haben sich elf Jahre nach Ausbruch der Krise nicht erholt. Die Nullzinspolitik  
 14 der EZB, welche vornehmlich die Kreditsicherheit von Banken und Staaten einerseits gewährleisten und ein  
 15 Abrutschen der EWU in die offene Deflation durch Sicherstellung von Devisen andererseits verhindern soll-  
 16 te und soll, wird weiterhin fortgeführt. Der Euro wurde relativ zum US-Dollar massiv abgewertet und hat bis  
 17 heute keine entsprechende Aufwertung erlebt. Der Geschäftsbankensektor hat sich nicht erholt: Die Deutsche  
 18 Bank rudert von einer Krise zur nächsten, und der deutsche Staat ist bis heute an der Commerzbank beteiligt.  
 19 Schlussendlich hat die Finanzkrise zu massiven Gegensätzen zwischen den Mitgliedsstaaten geführt, welche  
 20 sich vor allem in den massiven Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands auf der einen und den Leistungs-  
 21 bilanzdefiziten Südeuropas auf der anderen Seite niederschlägt.

22 Allen voran fehlt es der EWU an konsensfähigen Konzepten: Weder hat die EWU ein konsensfähiges Konzept  
 23 zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die gerade in Spanien, Frankreich, Griechenland und Italien ein massi-  
 24 ves Problem darstellt. Noch hat die EWU ein konsensfähiges Konzept zum Abbau außenwirtschaftlicher Un-  
 25 gleichgewichte, und vornehmlich Deutschland zeigt sich in keiner Weise gewillt, seine Leistungsbilanzsalden  
 26 auszugleichen. Zudem fehlt ein konsensfähiges Konzept darüber, wie die EWU künftig krisenfest gemacht und  
 27 Investmentbanken risikoärmer im Sinne des Gemeinwohls gestaltet werden können.

28 Dabei gliedert sich der Antrag wie folgt: Zunächst skizzieren wir kurz zentrale Konstruktionsfehler der EWU.  
 29 Anschließend analysieren wir die Effekte der Finanzkrise und setzen diese in Relation zu den genannten Kon-  
 30 struktionsfehlern. Schlussendlich schlagen wir Maßnahmen vor, um Konstruktionsfehler zu beheben.

### 31 **Der Vertrag von Maastricht: Konstruktionsfehler infolge einer neoliberalen Ideologie**

32 Dem Vertrag von Maastricht, der 1991 das Grundgerüst für die EWU bildete, liegt ein neoliberaler Zeitgeist der  
 33 90er Jahre zugrunde, der in vielerlei Hinsicht heute als überholt gilt. Grundsätzliche Fehlannahmen waren, dass  
 34 (a) Monetarismus funktioniert, d.h. Preisbildung und damit Inflation alleine durch die Kontrolle der Geldmenge  
 35 beeinflusst und kontrolliert werden kann, und dies am besten durch eine unabhängige Zentralbank geschehen  
 36 soll, die Inflation im Durchschnitt über alle Mitgliedsstaaten konstant hält, (b) langfristig Wirtschaftswachstum

37 lediglich angebotsseitig getrieben wird, also Nachfrage eine untergeordnete Rolle in der Wirtschaftspolitik zu-  
 38 kommt, und (c) der Markt, wenn man ihn nur ließe, optimale Ergebnisse erzielen würde, was zu einer Entfes-  
 39 selung der Finanzmärkte führte.

40 Entsprechend gering ist der Umfang des Vertrags von Maastricht: Da staatliches Einschreiten in die Wirtschafts-  
 41 entwicklung grundsätzlich als störend empfunden wurde, forcierte der Vertrag von Maastricht lediglich die  
 42 Beschränkung staatlicher Aktionen.

43 Entsprechend mager fällt der Umfang der Maastricht-Kriterien aus, welche den Staat zur fiskalischen Disziplin  
 44 zwingen, indem sie eine Neuverschuldung auf 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) begrenzen und die Gesamt-  
 45 verschuldung auf maximal 60% des BIP.

46 Dem Staat kam im Dogma der Maastricht-Verträge lediglich die Bereitstellung der Infrastruktur als Aufgabe zu.  
 47 Antizyklische Fiskalpolitik wurde als unnötig und schädlich angesehen. Insofern existiert auf EU-Ebene auch  
 48 kein Instrument zur fiskalischen Steuerung. Und entsprechend klein fällt der EU-Haushalt mit 1% des EU-BIP  
 49 aus.

50 Bei der Geldpolitik wurden national unterschiedliche Preisentwicklungen, zu welchen es gezwungenermaßen  
 51 im Rahmen der EU-Konvergenz kommen muss, außer Acht gelassen.

## 52 **Lehren aus der Eurokrise**

53 Die Finanzkrise, welche als Stresstest der EWU verstanden werden kann, legte einige Konstruktionsfehler offen.  
 54 Diese werden im Folgenden diskutiert. Zudem präsentieren wir konkrete Lösungsvorschläge.

### 55 1. Unterschiedliche Inflationsraten

56 Zwar wurde durch die EZB eine Zielinflation von circa 2% festgelegt und größtenteils im Durchschnitt über  
 57 den Euro-Raum auch eingehalten, jedoch entwickelten sich die Preise national höchst unterschiedlich, was  
 58 zu unterschiedlichen Inflationsraten in den Mitgliedsstaaten der EWU führte. In Griechenland, Italien, Irland,  
 59 Portugal, Zypern und Spanien beispielsweise stiegen die Preise überdurchschnittlich, da durch die zusätzliche  
 60 Sicherheit des Euro relativ zur vorherigen nationalen Währung Realzinsen sanken, sodass die Kreditaufnah-  
 61 me anstieg und durch die zusätzliche Nachfrage letztlich die Preise anstiegen. Entsprechend ergab sich eine  
 62 Inflation oberhalb des EZB-Inflationsziel. In Deutschland hingegen wurde über Jahre hinweg das Inflationsziel  
 63 unterschritten, was im Wesentlichen auf die Lohnmoderation der 2000er Jahre zurück zu führen ist.

64 Durch die Heterogenität der Inflationsraten, und damit auch der Realzinsen, in den EWU-Mitgliedsstaaten wur-  
 65 de eine gemeinsame Geldpolitik in ihrer Effektivität massiv gemindert. So wäre für Deutschland ein anderer  
 66 Nominalzins durch die EZB optimal gewesen als beispielsweise für Griechenland. Mechanismen, welche ein Ge-  
 67 gensteuern ermöglicht hätten, beispielsweise eine europäische Fiskalpolitik oder die Koordinierung der Lohn-  
 68 entwicklung, waren im Vertrag von Maastricht, der einzig den Staaten fiskalische Disziplin einschärfte, nicht  
 69 vorgesehen. Entsprechend handlungsunfähig war die EZB in ihrer Rolle der Inflationsbekämpfung, weshalb  
 70 sie im Nachgang der Finanzkrise dazu gezwungen war, zu unkonventionellen und vor allem teuren Methoden  
 71 zu greifen, nämlich dem Quantitative Easing.

72 Um Inflationsraten künftig wirksam zu harmonisieren, fordern wir

73 • Einheitliche Richtwerte zum Lohnwachstum, da Löhne die Inflation gemäß des Normalanstiegs treiben.  
 74 Die Löhne der EWU-Mitgliedsstaaten sollen in einem Korridor um Zielinflation plus Wirtschaftswach-  
 75 tum wachsen. Liegt das Wirtschaftswachstum beispielsweise bei 1.5%, dann sollen Löhne im Durch-  
 76 schnitt um 3.5% wachsen.

77 • Eine Koordinierung der Leistungsbilanzsalden, sodass Ungleichgewichte abgebaut werden können. Es  
 78 kann nicht sein, dass Deutschland ständig Überschüsse macht, während andere Länder jährlich ein  
 79 Leistungsbilanzdefizit verbuchen. Möglich wäre eine Angleichung durch Eingriff in die Primär- und Se-  
 80 kundärverteilung, also durch höhere Löhne in Überschussländern und Umverteilung über das Steuer-  
 81 system.

82 • Eine einheitliche Strategie, antizyklische Ausgaben- und Einnahmenpolitik zu betreiben und damit Out-  
 83 putlücken (Unterauslastung, Überauslastung) zu schließen.

84 Austeritätspolitik

Die langfristige Antwort der EWU-Mitgliedsstaaten auf die Finanzkrise lautete eine Verschärfung des neoliberalen Dogmas durch Austeritätspolitik, insbesondere also durch kontraktive Fiskalpolitik, Lohnsenkung durch Flexibilisierung und Kürzung von Sozialleistungen. Dies hatte einen Rückgang des Binnenkonsums und damit eine Senkung des Wirtschaftswachstums zur Folge, was zu einem Downgrade des Ratings der südeuropäischen Staaten führte und damit die Zinslast auf neuausgegebene Staatsanleihen massiv erhöhte. Am Ende hatte die Austeritätspolitik keinerlei belebenden Effekte auf die Wirtschaft hinterlassen, jedoch den Sozialstaat massiv reduziert und den Arbeitnehmer\*innenanteil am Volkseinkommen verkleinert.

- Um die Abkehr von der Austeritätspolitik zu schaffen, muss der Vertrag von Maastricht verändert werden. Insbesondere muss es Staaten möglich sein, sich über 3% des BIP zu verschulden und ein höherer Schuldenstand muss eingeräumt werden.
- Der Fiskalpakt, welcher fast keine Neuverschuldung erlaubt und Schuldenbremsen für jedes Mitgliedsland vorsieht, muss abgeschafft werden. Eine Fiskalunion, die sich darauf beschränkt, sich selbst in ihrer Handlungsfähigkeit zu beschneiden, kapituliert in ihrem Unverständnis vor dem Dogma des Neoliberalismus.

#### Fehlen fiskalpolitischer Kompetenzen

Im Vertrag von Maastricht war keine koordinierte Fiskalpolitik auf europäischer Ebene vorgesehen. Entsprechend wurde die Finanzkrise nicht durch ein schnelles, antizyklisches Einschreiten der Staaten auf internationaler Ebene gelöst, sondern langwierig auf dem Rücken der Beschäftigten durch Lohnsenkung und soziale Kürzung auskuriert. Dabei hatten auf nationaler Ebene fiskalpolitische Instrumente, beispielsweise die KFZ-Abwrackprämie in Deutschland, Erfolg und konnten dazu beitragen, die Beschäftigung während der Krise stabil zu halten.

Wir sind der Auffassung, dass eine gemeinsame Geldpolitik mit einer gemeinsamen Fiskalpolitik flankiert werden muss, um wirksam für Stabilität sorgen zu können. Daher fordern wir

- die Schaffung eines Finanzministeriums auf europäischer Ebene, ausgestattet mit fiskalischen Kompetenzen wie der Fähigkeit, Steuern einzutreiben (beispielsweise eine Finanztransaktionssteuer), einem eigenen Haushalt und der Möglichkeit, Staatsausgaben zu tätigen, beispielsweise für Forschung, Infrastruktur, Verteidigung, oder auch Flüchtlingspolitik. Auch sind Aufgaben wie die Finanzierung einer EU-Arbeitslosenversicherung denkbar. Durch die Fähigkeit, Schulden zu machen, kann antizyklische Fiskalpolitik betrieben werden. Auch kann ein Finanzministerium umverteilend zwischen den Mitgliedsstaaten tätig werden, um lokale Abschwünge aufzufangen.
- Die Schaffung eines europäischen Schatzamts zur Emittierung von Eurobonds.

#### Entfesselung der Finanzmärkte

Dem Generieren neuer Finanzprodukte durch Großbanken begegnete die Regierungskoalition mit Unwissenheit und Gleichgültigkeit. Anstelle auf systemische Risiken durch Bündelung von Schuldverschreibungen hinzuweisen oder jene Kreditbündel auf ihre Sicherheit zu prüfen wurde Ratingagenturen, die selbst eng mit den Banken verwoben waren, vertraut. Die Finanzindustrie wurde nicht gezügelt, sondern in ihrer Zügellosigkeit unterstützt. Für den Fall eines Zusammenbruchs einer Großbank wurde nicht vorgesorgt. Stattdessen wurde die implizite Garantie gegeben, Banken beim Zusammenbruch aus Steuermitteln zu retten. Durch Wegfallen von Wechselkursen und die Etablierung der Grundfreiheiten haben sich grenzüberschreitende Finanzströme massiv intensiviert. Dadurch werden Banken Krisen zu einem internationalen Problem.

Da Banken Krisen nicht verhindert werden können, müssen sie begrenzt werden und ihre Folgen schnell beseitigt. Daher fordern wir

- Die Durchsetzung eines Trennbankensystems
- Die Regulierung von Schattenbanken
- Die Übernahme der Bankenaufsicht durch das europäische Finanzministerium anstelle der EZB
- Die Etablierung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0.1% zur Unterbindung von Hochfrequenzhandel
- Die Vergemeinschaftung der Haftung auf europäischer Ebene bei der Einlagensicherung

### Fehlende Absicherung von Staatsschulden durch EZB

Im Gegensatz zur FED der USA ist es EZB verboten, Staatsanleihen von Mitgliedsstaaten bedingungslos auf dem Sekundärmarkt aufzukaufen, wenn Zinsaufschläge eine gewisse Schwelle überschreiten. Entsprechend sind europäische Staatsanleihen nicht sicher dahingehend, dass eine implizite Garantie durch eine Zentralbank auf die Sicherheit der Anleihen gegeben wird, wie dies in den USA der Fall ist. Dies führte im Rahmen der Finanzkrise einerseits zu einer Weiterentwicklung zur Staatsschuldenkrise für Südeuropa, da zahlreiche Staaten durch Downgrades beim Rating horrenden Zinsaufschläge auf ihre Staatsanleihen hinnehmen mussten und sich teilweise nicht mehr am Markt refinanzieren konnten. Andererseits halten Geschäftsbanken Anleihen des Heimatlands, da diese als Sicherheiten bei der Zentralbank hinterlegt werden können, sodass der Ausfall einer Staatsanleihe mit dem Zahlungsausfall einer Bank und damit deren Zusammenbruch unmittelbar einhergehen kann.

- Um künftig Staatsanleihen durch die Zentralbank absichern zu können, fordern wir die Erweiterung der EZB zu einem Lender of Last Resort. Dabei soll die EZB Staatsanleihen der Mitgliedsländer des EWU bedingungslos auf dem Sekundärmarkt aufkaufen können, wenn deren Zinsaufschläge eine gewisse Schwelle überschreiten.

# F Feminismus und Gleichstellung

## F Feminismus und Gleichstellung

F-1	Jusos Mittelfranken	Für Gleichberechtigung bei der Benennung von Hochschulen	39
F-3	Jusos Niederbayern	Einführung des Internationalen Frauentags als Feiertag in Bayern	40
F-4	Jusos Niederbayern	Antifaschistisch, solidarisch, (queer*-)feministisch! Unser Anspruch einer gerechten Geflüchtetenpolitik	41

# F-1

<b>Titel</b>	Für Gleichberechtigung bei der Benennung von Hochschulen
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Mittelfranken
<b>Adressat*innen</b>	

---

## Für Gleichberechtigung bei der Benennung von Hochschulen

- 1 Wir fordern, dass ab sofort jede neu gegründete staatliche Hochschule eine weibliche Namensgeberin erhalten  
2 soll, bis es genauso viele Hochschulen mit weiblichen, als auch männlichen Namen gibt. Des Weiteren soll die  
3 Technische Universität Nürnberg, deren Start für 2025 angelegt ist, mit gutem Beispiel vorangehen und einen  
4 weiblichen Namen erhalten. Als Namensgeberin schlagen wir Emmy Noether vor.
- 5 Darüber hinaus fordern wir auch die Umbenennung bestehender Hochschulen. Insbesondere unter den Uni-  
6 versitäten sind diese durchzuführen. Bspw. ist hier die Umbenennung der Ludwig-Maximilians-Universität in  
7 Sophie-Scholl-Universität zu nennen.
- 8 Begründung:
- 9 Es ist unser Ziel als queerfeministischer Verband eine Gleichstellung in allen Bereichen zu erreichen, dazu  
10 gehört auch, dass die Verdienste von Frauen gewürdigt werden. Ein guter Anfang ist hierbei, dass auch mehr  
11 Hochschulen eine weibliche Namensträgerin erhalten sollen.
- 12 In Deutschland gibt es insgesamt 428 Hochschulen, davon 247 in staatlicher Hand.<sup>1</sup> Trotz dessen, dass der  
13 weibliche Anteil der Studierenden bei knapp unter 50 % und der der Absolvent\*innen bei über 50 % liegt,<sup>2</sup> trägt  
14 nur eine der Hochschulen einen weiblichen Namen, während 26 den Namen eines Mannes tragen.<sup>3</sup>
- 15 Dies hinterlässt den Eindruck, dass es in der deutschen Geschichte keine nennenswerten Frauen in Wissen-  
16 schaft, Literatur, Musik oder Politik oder an Universitäten gab, bzw. dass die Errungenschaften von Frauen in  
17 der höheren Bildungsschicht nicht mit dem gleichen Maß gewürdigt werden. Es gibt mittlerweile viele Schulen,  
18 die weibliche Namen haben, aber wieso dann keine Universität? Wieso sind es 26 Männer und nur eine Frau?  
19 In jedem wissenschaftlichen Bereich gab und gibt es bedeutende Frauen, beispielsweise Dorothea Erxleben,  
20 die erste promovierte Ärztin Deutschlands oder Clara Schumann, eine deutsche Pianistin und Komponistin.  
21 Die Hochschule in Düsseldorf ist nach Clara Schumanns Ehemann benannt, aber ihr selbst ist keine gewidmet.  
22 Im Bereich der Politik könnte man Elisabeth Selbert vorschlagen, eine der „Mütter des Grundgesetzes“. An  
23 qualifizierten Frauen mangelt es also nicht.
- 24 Als lokaler Anstoß für mehr weibliche Namen für Hochschulen kann eine Umbenennung der technischen  
25 Universität Nürnberg dienen, denn nicht nur Männer sollen auf Universitäten stehen, sondern auch Frau-  
26 en!

# F-3

<b>Titel</b>	Einführung des Internationalen Frauentags als Feiertag in Bayern
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Niederbayern
<b>Adressat*innen</b>	

---

## Einführung des Internationalen Frauentags als Feiertag in Bayern

- 1 Am 28. Februar 1909, also vor 110 Jahren, fand in den USA der weltweit erste Frauentag statt. 1910 forderte
- 2 Clara Zetkin die Einführung eines Internationalen Frauentags, der dann am 19. März 1911 erstmals gefeiert
- 3 wurde.
- 4 Als erstes deutsches Bundesland hat Berlin in diesem Jahr den Internationalen Frauentag zum Feiertag erklärt.
- 5 Diesem Beispiel sollten wir uns als Jusos Bayern und als BayernSPD ebenfalls anschließen und diesen wichtigen
- 6 Kampftag des Feminismus auch in Bayern als Feiertag einführen.
- 7 Bereits am 7. Dezember 1918 wurde von Kurt Eisner das Frauenwahlrecht in Bayern eingeführt.
- 8 Nach der Wahl 1918 zogen die Sozialdemokratinnen Aurelie Deffner und Emilie Mauerer als eine der ersten
- 9 weiblichen Abgeordneten in den Bayerischen Landtag ein.
- 10 Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 wurden die Rechte der Frauen wieder ein-
- 11 geschränkt, indem man sie z. B. aus höheren Positionen verdrängte. Die Rolle als Hausfrau und Mutter hatte
- 12 Priorität.
- 13 Als nach der Ausschaltung der Parteien, die NSDAP in einer Einheitsliste antrat, waren Frauen nicht mehr
- 14 Mitglieder des Reichstages.
- 15 Nach einigen Fortschritten seit den 70er Jahren geht die Anzahl der Frauen in den deutschen Parlamenten
- 16 durch das Erstarken konservativer und nationalistischer Parteien wieder zurück.
- 17 Nach der Wahl im vergangenen Oktober ist der Frauenanteil im Bayerischen Landtag nur noch bei mageren
- 18 26,8 Prozent.
- 19 In Bayern präsentieren sich die „Freien Wähler“ als neue Regierungspartei mit einem Männeranteil von 100
- 20 Prozent unter den Minister\*innen und Horst Seehofer verzichtet in seinem neuen Bundesheimatministerium
- 21 sogar bei einer Rekordzahl von 8 Staatssekretären komplett auf Frauen.
- 22 Neben diesen Punkten gibt es natürlich noch genügend andere Gründe, die für das Eintreten für Frauenrechte
- 23 sprechen und wir Jusos verstehen uns auch seit jeher als linker, feministischer Richtungsverband.
- 24 Wir können, dürfen und wollen es nicht zulassen, dass 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts
- 25 in Bayern die Partizipation von Frauen in der Politik wieder zurückgedrängt wird.
- 26 Daher fordern wir die Einführung des Internationalen Frauentags als offiziellen Feiertag auch in Bayern!

**F-4**

<b>Titel</b>	Antifaschistisch, solidarisch, (queer*-)-feministisch! Unser Anspruch einer gerechten Geflüchtetenpolitik
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Niederbayern
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

---

## Antifaschistisch, solidarisch, (queer\*-)-feministisch! Unser Anspruch einer gerechten Geflüchtetenpolitik

- 1 In der aktuellen Debatte gibt es immer mehr Stimmen, welche in der Aufnahme von Geflüchteten eine Gefahr  
2 für die Gleichberechtigung der Geschlechter sehen. Sie zeichnen ein absolutes Zerrbild gerade von muslimischen Männern, die Frauen\* angeblich einzig mit Verachtung und Gewalt begegnen und Emanzipation in  
3 Deutschland beseitigen wollen. Solchen rassistischen und islamophoben Anschauungen müssen wir als Sozialist\*innen entschieden entgegentreten.  
4  
5
- 6 Besonders interessant ist es dann auch noch, dass gerade diese um die Frauen\*rechte „Besorgten“ in sehr  
7 vielen Fällen bis heute nicht gerade politisch für die Emanzipation der Frau\* eingetreten sind: Es wird gehetzt  
8 gegen den sogenannten Genderwahn und den „ganzen Feminismus“. Plötzlich aber scheinen auf einmal diese  
9 Menschen gerade auch um die Rechte von LGBTIQ\*-Menschen besorgt, obwohl sie bei anderen möglichen  
10 Gelegenheiten gegen eben diese Rechte mobilisieren, die Gleichwertigkeit von nicht binär-heteronormativen  
11 Identitäten vollkommen ablehnen und in jedem fortschrittlichen Punkt in der Aufklärung über mehrere Identitäten eine Verschwörung der „Homolobby“ sehen. Parolen wie die der AfD vom Schutz „unserer Frauen und  
12 Töchter“ zeigen, dass es letztendlich in klassischer rassistischer Logik um die Verteidigung des Herrschaftsanspruchs deutscher Männer über „ihre“ Frauen gegen das Übel der „Fremden“ geht. Eine solche mehr als  
13 absurde Vereinnahmung queer\*feministischer Grundhaltungen gilt es in allen möglichen Lagen offenzulegen. Allerdings müssen wir auch eines eingestehen: Nicht alle Akteur\*innen, denen die Gleichberechtigung  
14 aller Geschlechter durchaus ein ernstes Anliegen ist, sind nicht immun gegen rassistische und islamophobe  
15 Ressentiments: Unsere Antwort muss deshalb einerseits Solidarität mit den Geflüchteten und das Grundrecht  
16 auf Asyl sein und auf der anderen Seite die Stärkung von (queer\*-)-feministischen Perspektiven!  
17  
18
- 19 Wir dürfen problematische, rückschrittliche Haltungen auf keinen Fall ignorieren. Pauschalisierungen sind dabei abzulehnen. Es ist daneben noch genauso falsch von „dem Islam“ oder von Geflüchteten als einer homogenen Gruppe zu sprechen. Unter den Geflüchteten mögen auch Menschen sein, die an mehr als antiquierten Rollen festhalten und Frauen\* nicht als gleichberechtigt ansehen. Diesen Ansichten werden und müssen wir  
20 auch – wo immer es geht – im demokratischen Diskurs begegnen, um auf einen Konsens über die Werte der individuellen Freiheit und Gleichheit aller hinzuwirken. Dies ist eine Aufgabe der Integration von Beginn an.  
21 Sprach- und Integrationskurse sind die besten Möglichkeiten zur Vermittlung unserer Frauen\*rechte und der  
22 Akzeptanz gegenüber LGBTIQ\*-Menschen. Eine solche Auseinandersetzung ist keine überhebliche Aufoktroierung von Werten, sondern Teil des Dialogs.  
23  
24
- 25 Ein weiteres Problem in dieser Thematik ist dann noch folgendes: Es wird in so manchen Debatten auch oft so  
26 getan, als ob Frauen\*feindlichkeit und/oder die Ablehnung von LGBTIQ\* ein Problem sei, welches nur andersorts existiere und jetzt wieder von Geflüchteten nach Europa zurückgebracht werde. Das ist auf der einen Seite  
27 eine vollkommene Ignoranz gegenüber den existierenden feministischen Bewegungen in muslimisch geprägten Ländern und auf der anderen Seite gegenüber den gegenwärtigen, hier existierenden Problemen, denen  
28 Frauen\* und LGBTIQ\* sich täglich konfrontiert sehen. (Hetero-)Sexismus und strukturelle Benachteiligung sind  
29 auch heute noch in ganz Europa und der Bundesrepublik hässlicher Alltag. Wir müssen weiterhin für unsere  
30  
31  
32  
33  
34  
35

36 emanzipatorischen Forderungen kämpfen und jegliche Ungleichheiten beim Namen nennen. Die trennenden  
37 Linien der feministischen Auseinandersetzung lassen sich nicht zwischen Herkunftsländern, Kulturzugehö-  
38 rigkeit oder Religionen ziehen. Sie bestehen zwischen all denjenigen Menschen, welche sich für Freiheit und  
39 Gleichheit aller Geschlechter und Identitäten einsetzen und jenen, welche dies aus reaktionärem Vorurteil und  
40 Furcht um Privilegien ablehnen sowie den darauf aufbauenden Institutionen. Daher muss der Feminismus mit  
41 einem klaren Internationalismus verbunden werden.

42 Wir setzen uns deshalb konkret dafür ein, die Rechte geflüchteter Frauen\* und LGBTIQ\* zu stärken. Deshalb  
43 fordern wir:

- 44 • Sensibilisierung von Betreuenden und Ansprechpartner\*innen für genderspezifische und LGBTIQ\*-  
45 Probleme durch Fortbildungen u.ä.
- 46 • Aufklärung geflüchteter Frauen\* über ihre Rechte durch Beratung in den Unterkünften
- 47 • Anerkennung jeglicher geschlechtsspezifischer Fluchtgründe und Verfolgung aufgrund der sexuellen  
48 Orientierung
- 49 • Förderung des Einsatzes von weiblichen Dolmetscherinnen\* bei Bedarf im Asylverfahren
- 50 • Abschließbare Räume und Sanitäreinrichtungen für alleinstehende Frauen\* und Mädchen\*  
51 Getrennte Unter-  
52 künfte und Sanitäreinrichtungen für alleinstehende Frauen\* und Mädchen\*
- 52 • eine\*n Integrationsbeauftragte\*n

53 Es gilt, der rechten Hetze entschlossen entgegenzutreten und queer\*feministische Forderungen nach allen  
54 Seiten voranzutreiben, insbesondere diese Perspektive in der Asylpolitik zu stärken, anstatt die Ziele des Fe-  
55 minismus gegen Geflüchtete auszuspielen

# G Gesundheit

## G Gesundheit

---

G-1	Jusos Oberbayern	Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!	44
-----	------------------	--	----

---

# G-1

<b>Titel</b>	Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern
<b>Adressat*innen</b>	

---

## Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!

- 1 Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!
- 2 Homöopathische Mittel haben keine erwiesene Wirksamkeit über einen (auch anderweitig und günstiger er-
- 3 reichbaren) Placeboeffekt hinaus. Homöopathische Medikamente basieren allesamt auf der Grundlage der
- 4 Potenzierung, oder in einfachen Worten ausgedrückt, simpler Verdünnung. Eine klassische Potenzierung ist
- 5 hierbei zum Beispiel D24. Dabei wird ein Ausgangsstoff 24-mal im Verhältnis von 1:10 mit Wasser verdünnt.
- 6 Am Ende entsteht somit eine Verdünnung von 1:1024. Diese Verdünnung entspricht in etwa einem Tropfen
- 7 im Volumen des gesamten Atlantiks. Aufgrund der Natur dieses Verfahrens ist eine Überdosierung bei der
- 8 Einnahme ausgeschlossen. Die korrekte Herstellung und toxikologisch ausreichende Verdünnung überprüft
- 9 dabei das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte unter anderem nach §§21 und 38 AMG.
- 10 Somit ist eine Apothekenpflicht als Schutz vor Überdosierung nicht sinnvoll.
- 11 Ein weiterer Aspekt der Apothekenpflicht ist jedoch die Aufklärung durch das Apothekenpersonal. Hier könn-
- 12 ten Patienten\*innen darauf hingewiesen werden, dass sie lebenswichtige Therapien durch die Einnahme
- 13 von
- 14 Homöopathika versäumen und diese allenfalls als Ergänzung zu nutzen sind. Jedoch ist es schon heute mög-
- 15 lich, rezeptfreie Medikamente ohne jegliche Beratung über das Internet zu bestellen (Volumen von 53 Mio.Euro
- 16 in 2017).
- 17 Durch den Wegfall der Apothekenpflicht erhoffen wir uns durch den Verkauf neben zweifelhaften Vitamin-
- 18 und anderen Nahrungsergänzungsmitteln, der Homöopathie das Image zu verschaffen, das sie verdient
- 19 hat.
- 20 Außerdem ist damit ein deutlicher Preisverfall denkbar. Dies würde sowohl die exorbitanten Profitmargen
- 21 von
- 22 zweifelhaften Pharmaunternehmen drücken, als auch den Geldbeutel von womöglich nicht so gut gestell-
- 23 ten
- 24 Personen unserer Gesellschaft schonen.
- 25 Langfristig sollte jedoch bei der Homöopathie und anderen zweifelhaften Therapieformen darüber nachge-
- 26 dacht werden, diese ebenso den rigorosen wissenschaftlichen Zulassungsverfahren wie bei Medikamenten
- 27 der konventionellen Schulmedizin zu stellen.

# I Internationales und Frieden

## I Internationales und Frieden

---

I-1	Jusos Mittelfranken	Solidarität mit den unterdrückten Uigur*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China	46
-----	------------------------	--	----

---

**I-1**

<b>Titel</b>	Solidarität mit den unterdrückten Uigur*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Mittelfranken
<b>Adressat*innen</b>	

---

## Solidarität mit den unterdrückten Uigur\*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China

1 Uigur\*innen sind ein muslimisches Turkvolk im Westen der Volksrepublik China. Sie  
2 machen in der autonomen Provinz Xinjiang knapp die Hälfte der dort lebenden  
3 Bevölkerung aus. Der Rest sind Han-Chines\*innen, die in China die größte  
4 Bevölkerungsgruppe darstellen. Wie andere Minderheiten, sind auch die Uigur\*innen  
5 einem massiven Druck der Zentralregierung in Beijing ausgesetzt. Die Region  
6 Xinjiang ist das Versuchslaboratorium der Regierung, um Überwachungstechnik für  
7 ganz China zu erproben. Dies führt, unter anderem, zu massiven Eingriffen in die  
8 Freiheitsrechte der dort lebenden Menschen.

9 Die Unterdrückung und „Chinesierung“ der Uigur\*innen gab es bereits Anfang des  
10 20. Jahrhunderts – Unabhängigkeitsbewegungen wurden rabiak bekämpft. Im Zuge  
11 des von US-Präsident George W. Bush ausgerufenen „War on Terror“ wurde eine  
12 nationalistisch-fundamentalistische uigurische Splitterorganisation zur internationalen  
13 Terrororganisation erklärt. Dies war für die chinesische Regierung allerdings nicht  
14 nur eine Rechtfertigung, um gegen die durchaus vorhandenen islamistischen Kräfte  
15 in Xinjiang vorzugehen, sondern gegen die komplette Volksgruppe der Uigur\*innen  
16 und ihre Kultur. Still und heimlich wurden sogenannte „Umerziehungslager“  
17 eingerichtet, in denen Menschen gefoltert werden – internationale Presse spricht gar  
18 von „Konzentrationslagern“. Ziel hiervon ist offiziell das Austreiben terroristischen  
19 Gedankenguts, inoffiziell werden die Menschen hier jedoch einer Gehirnwäsche der  
20 chinesischen Zentralregierung unterzogen. Die internationale Gemeinschaft schaut  
21 größtenteils weg. Die Regierung geht allerdings weiter: vermehrt schließt sie  
22 Abkommen mit anderen Staaten, die eine Auslieferung Uigurischer Flüchtlinge  
23 beinhalten. Am meisten von Repressionen betroffen sind Journalist\*innen,  
24 Aktivist\*innen und Intellektuelle, aber auch Menschen, die sich mit der Geschichte  
25 und sozialen Situation der Uigur\*innen und anderer muslimischer Minderheiten  
26 beschäftigen.

27 Die Provinz ist wichtig für das Projekt der „neuen Seidenstraße“, weshalb die  
28 Regierung Unruhen und Aufstände wie 2009 um jeden Preis verhindern will.  
29 Schätzungsweise über eine Millionen Uigur\*innen sind mittlerweile auf unbestimmte  
30 Zeit inhaftiert, der Rest der Menschen wird aktiv davon abgehalten ihre Kultur und  
31 Religion auszuleben. Das Ziel dieser Maßnahmen kann nur die Auslöschung der  
32 uigurischen Kultur und eine Gleichschaltung der Menschen sein. Man spricht von  
33 Genozid, bei systematischen Verbrechen mit dem Ziel „eine nationale, ethnische  
34 oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten.“ Genau das droht hier. Die  
35 Aufgabe der Weltgemeinschaft und gerade Deutschlands mit seiner Geschichte, ist  
36 es, die Uigur\*innen zu schützen.

37 Deswegen fordern wir:

38 – die SPD-Bundestagsfraktion und unsere Mitglieder der Bundesregierung auf,  
39 die chinesische Regierung noch stärker mit den gravierenden  
40 Menschenrechtsverbrechen zu konfrontieren und die internationale  
41 Gemeinschaft dazu aufzurufen entsprechende Maßnahmen zum Schutz der  
42 Uigur\*innen zu ergreifen.

43 – die SPD-Bundestagsfraktion und unsere Mitglieder der Bundesregierung auf,  
44 das besondere Schutzbedürfnis von Uigur\*innen anzuerkennen und  
45 Fluchtkontingente zu schaffen, damit diese Menschen in Sicherheit fliehen  
46 können.

47 – die SPD-Bundestagsfraktion und unsere Mitglieder der Bundesregierung auf,  
48 auf Staaten, die bereits geflohene Uigur\*innen beherbergen, einzuwirken,  
49 dass diese keine Auslieferungsabkommen mit China abschließen.

# S Sozialpolitik

## S Sozialpolitik

---

S-2	Jusos Oberbayern	Kinderarmut abschaffen, Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!	49
-----	------------------	---	----

---

# S-2

<b>Titel</b>	Kinderarmut abschaffen, Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern
<b>Adressat*innen</b>	

---

## Kinderarmut abschaffen, Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!

1 Je nach Berechnungsgröße werden bis zu 4,5 Millionen Kinder in Deutschland genannt, die von Armut betroffen sind. Die vielfältigen unterschiedlichen sozialstaatlichen Interventionen scheinen weder sonderlich effizient noch sonderlich wirksam zu sein und sind auf viele Sonder-Problemlagen gerichtet. Wir wollen, dass unser Sozialstaat bei dem Status Kind/Jugendliche\*r ansetzt und fordern daher die Einführung eines allgemeinen individualisierten Rechtsanspruches auf eine Grundsicherung für Kinder und Jugendliche, die den Flickenteppich an unterschiedlichsten sozialrechtlichen Ansprüchen ersetzt und nicht an das jeweilige Einkommen von Elternteilen, das Zahlen von Unterhalt oder Ähnlichem ansetzt. Ziel dieser Grundsicherung muss es sein, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der Einkommens- oder Vermögenssituation der Elternteile (und damit ggf. hinzukommenden Unterhaltszahlungen) ein menschenwürdiges und damit armutssicheres Aufwachsen zu ermöglichen.

11

12 Dabei schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

13

14 1) Abschaffung aller momentanen kindbezogenen sozialpolitischen oder einkommenssteuerbezogenen Leistungen/Vorteile (bspw. UVG, KiG, Kindergeldzuschlag, BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe, Ehegattensplitting, Kinderfreibeträge, (Halb-)Waisenrente) Das BAföG bauen wir zu einem Förderinstrument für lebenslanges Lernen (z.B. Zweitstudium) um. Bis zum erfolgreichen Umbau des BAföG ist sicherzustellen, dass Beziehende oben genannter Leistung nicht schlechter gestellt werden als vor der Einführung der Grundsicherung.

19

20 2) Ersatzweise wird ein Rechtsanspruch für jedes in Deutschland lebende Kind bei der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit geschaffen, der monatlich als vollumfängliche Leistung des Bundes ausbezahlt werden soll.

23

24 3) Dieser Anspruch wird grundsätzlich bis zur Volljährigkeit in den Altersstufen 0-6, 7-12, 13-17 in der Höhe des Warenkorb zur Ermittlung des soziokulturellen Existenzminimums auf Antrag gewährt.

26

27 4) Für volljährige Jugendliche (bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres) wird eine vierte Altersstufe geschaffen, die unabhängig vom Haushaltskontext des\*der Jugendlichen bis zum Abschluss des ersten berufsqualifizierenden Abschluss und bis das Eigeneinkommen nachweisbar steuerrechtlich über dem Steuerfreibetrag (in 2018: 9000,00€) liegt einen eigenen Anspruch auf bedarfsdeckendes soziokulturelles Existenzminimum (inkl. Grundanteile für tatsächliche angemessene Wohnkosten) einräumt.

32

- 33 5) Für Kinder/Jugendliche, die bei alleinerziehenden Elternteilen aufwachsen, muss ein pauschaler Zuschlag  
34 entwickelt werden; gleiches gilt für Kinder/Jugendliche, die mindestens zwei Geschwisterkinder haben.

# **U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz**

## **U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz**

---

U-2 Jusos Oberbayern Einführung einer europäische CO2-Steuer

---

52

# U-2

<b>Titel</b>	Einführung einer europäische CO2-Steuer		
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern		
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag	SPD-Bundesparteitag,	

---

## Einführung einer europäische CO2-Steuer

- 1 Adressat\*innen: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-  
2 Bundeskongress
- 3 Um das Pariser Klimaabkommen und das 1,5-Grad-Ziel zu einzuhalten, muss der Ausstoß von CO2 und ver-  
4 wandten Treibhausgasen drastisch reduziert werden. Klar ist: Das wird nicht allein mit Aufklärung und freiwil-  
5 ligem Umdenken möglich sein. Gerade die Industrie zieht nach wie vor kapitalistische Interessen einer Klima-  
6 Wende vor. Wir brauchen also einen Weg, um die Emissionen aller CO2-Produzent\*innen schnell und wirksam  
7 zu reduzieren, ohne für jede Branche und jede Art des CO2-Ausstoßes einzelne Regeln verhandeln zu müs-  
8 sen.
- 9 Der CO2-Handel hat massive Schwächen, deshalb wollen wir ihn abschaffen und durch eine CO2-Steuer erset-  
10 zen. Jahrelang lag der Preis für die CO2-Zertifikate in der EU bei lediglich etwa sechs Euro pro Tonne. Weil die  
11 EU nunmehr Zertifikate pro Jahr vom Markt nimmt, hat sich der Preis inzwischen erhöht und liegt bei über 20  
12 Euro, mit steigender Tendenz. Eine Studie der Weltbank zeigt allerdings, dass ab 2020 ein Preis von mindestens  
13 40 Euro pro Tonne CO2 nötig ist, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Außerdem können wir in der so wich-  
14 tigen Klimafrage niemals auf Märkte vertrauen. Wir fordern deshalb die Einführung einer CO2-Steuer, in der  
15 Europäischen Union in Höhe von 40 Euro pro Tonne CO2. Durch diese setzen wir eine effektive Untergrenze  
16 für den CO2-Preis in der EU. Durch die Steuer ist ein Mindestpreis von 40 Euro pro Tonne garantiert.
- 17 Die hierdurch erzeugten Mehreinnahmen werden in grüne Forschung, Technologie und Infrastruktur inves-  
18 tiert. Dabei werden solche Länder der EU besonders gefördert, deren heutige Volkswirtschaft in hohem Maße  
19 auf CO2-Ausstoß beruht und wo gleichzeitig das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen vergleichsweise nied-  
20 rig ist. Auf keinen Fall wollen wir die Ungleichheit in Europa weiter erhöhen. Gleichzeitig sehen wir im schnel-  
21 len Umstieg auf erneuerbare Energien langfristig wirtschaftliche Chancen. Für heute wirtschaftlich schwäche-  
22 re Länder in der EU kann der schnelle Umstieg auf CO2-neutrales Wirtschaften in der Zukunft ein großer  
23 Vorteil sein. Daher ist es sinnvoll, die Einnahmen aus der CO2-Steuer dort in grüne Forschung, Technologie  
24 und Infrastruktur zu investieren, damit Beschäftigung zu sichern und gleichzeitig Zukunftsfähigkeit zu ermög-  
25 lichen.
- 26 Außerdem werden Pendler\*innen finanziell unterstützt, deren Bruttoeinkommen unter dem Landes-  
27 Medianeinkommen liegt. Ist die Fahrt mit Bahn oder ÖPNV teurer als mit dem PKW, wird die Differenz von  
28 EU und Nationalstaat anteilig beglichen. Stehen ÖPNV und Bahn für den Arbeitsweg nachweislich nicht zur  
29 Verfügung, wird der durch die Steuer neu entstandene Preisunterschied anteilig von EU, Nationalstaat sowie  
30 Land und Kommune übernommen. Um öffentliche Verkehrsmittel auszubauen kann gleichzeitig auf die er-  
31 höhte grüne Infrastrukturförderung zurückgegriffen werden.
- 32 CO2-Zertifikate aus dem bestehenden EU-Emissionshandel werden auf die Steuer angerechnet. Produkte aus  
33 dem EU-Ausland unterliegen künftig einem Zoll zum Ausgleich des CO2-Verbrauchs, soweit dieser nicht im  
34 Ausgangsland besteuert wurde. Diese Importsteuer auf ausländische Produkte ist nötig, damit die CO2-Steuer  
35 nicht über das Ausland umgangen werden kann. Die Regelung verstößt nicht gegen den Hauptvertrag der Welt-  
36 handelsorganisation, das „General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)“, da Importeure aus dem Ausland  
37 nicht schlechter gestellt werden als EU-Produzent\*innen (sog. „Inländerbehandlung“). Falls strengere spezial-

38 gesetzliche Regelungen oder bilaterale Handelsverträge anwendbar sind, könnte z.B. auf die Ausnahmegründe  
39 des Schutzes von Menschen-, Tier- und Pflanzengesundheit verwiesen werden („Human, Animal or Plant life  
40 and Health“, vgl. Art. XX b GATT).

# V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

## V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

---

V-5	Jusos Unterfranken	Generelles Tempolimit für PKW, LKW und Bus	55
-----	-----------------------	--	----

---

# V-5

**Titel** Generelles Tempolimit für PKW, LKW und Bus  
**Antragsteller\*innen** Jusos Unterfranken  
**Adressat\*innen**

---

## Generelles Tempolimit für PKW, LKW und Bus

1 Die Diskussion um ein Tempolimit ist mittlerweile schon uralt. Es gibt ökologisch und ökonomisch ausschließ-  
2 lich Vorteile die daraus resultieren, dem entgegen steht das subjektive Spaßempfinden weniger, die gerne mit  
3 250 km/h über die Autobahn fahren. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist für das Tempolimit. Auch deswegen  
4 ist es nicht nachvollziehbar warum die SPD es nicht schafft, dem Koalitionspartner in dieser Debatte die Stirn  
5 zu bieten und sich dem Widerstand, der vor allem von Lobbyisten der Autoindustrie getragen wird, entgegen-  
6 zusetzen. Einige belegbare Vorteile des Tempolimits sind:

- 7 – Die Reduktion von Emissionen.
- 8 – Ein deutlich geringerer Benzin und Kraftstoffverbrauch.
- 9 – Eine geringere Feinstaubbelastung.
- 10 – Eine geringere Abnutzung der Straßen.
- 11 – Verringerung der Anzahl und Länge von Staus.
- 12 – Weniger schwere Unfälle mit Personen- und Sachschäden.

13 Wir wollen deshalb nochmal den Beschluss der SPD erneuern und fordern:

- 14 1. Die Einführung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen von 130 km/h.
- 15 2. Ein generelles Tempolimit für LKW von 75 km/h.
- 16 3. Ein generelles Tempolimit für Busse von 100 km/h.
- 17 4. Ein Überholverbot für LKW auf mehrspurigen Straßen mit baulicher Trennung.

18 Das Tempolimit abzulehnen entbehrt jeglicher rationaler Grundlage. Es geht um Menschenleben, die hier aufs  
19 Spiel gesetzt werden, nur wegen dem vermeintlichen Fahrspaß weniger und wegen Lobbyinteressen. Daran  
20 darf sich die SPD nicht beteiligen! Es gibt zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern und Deutschland, in denen  
21 das Tempolimit Wirkung zeigt. Es ist Zeit das auch Deutschland diesen Beispielen folgt.

# INI Initiativanträge

## INI Initiativanträge

INI-1	Jusos Oberbayern	Entspanntes Enteignen	57
INI-3	Jusos Oberpfalz	Rückholung Nguyen Quang Hong Nhan mit Familie	58
INI-5	Jusos Unterfranken	Dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz aberkennen	59

# INI-1

<b>Titel</b>	Entspanntes Enteignen	
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern	
<b>Adressat*innen</b>	BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	BayernSPD-

---

## Entspanntes Enteignen

- 1 Wir fordern die Schaffung eines Gesetzes auf Grundlage von Art. 15 GG durch die Landesregierung, das eine
- 2 Ermächtigung für die Kommunen beinhaltet, Grund und Boden zu vergesellschaften.

# INI-3

<b>Titel</b>	Rückholung Nguyen Quang Hong Nhan mit Familie
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberpfalz
<b>Adressat*innen</b>	BayernSPD-Landtagsfraktion

---

## Rückholung Nguyen Quang Hong Nhan mit Familie

- 1 Wir Jusos fordern die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag dazu auf, sich für eine Rückholung Nguyen Quang
- 2 Hong Nhan und seiner Frau einzusetzen. Zudem soll sich die Landtagsfraktion der BayernSPD dafür einsetzen,
- 3 dass die Tochter des Ehepaares nicht auch abgeschoben wird.
- 4 Begründung:
- 5 Das Klageverfahren gegen den abgelehnten Asylfolgeantrag ist noch nicht einmal abgeschlossen, dennoch
- 6 wurde das Ehepaar abgeschoben. Nguyen Quang Hong Nhan saß in der Vergangenheit schon 20 Jahre, auf-
- 7 grund seines politischen Engagements im Gefängnis. So überrascht es nicht, dass er sofort nach seiner Ankunft
- 8 in Vietnam für mehrere Stunden verhört wurde und nur vorläufig wieder frei kam. Nicht nur wurde durch die-
- 9 se Abschiebung eine Familie zerrissen, sondern es wurden Menschen in Gefahr gebracht. Die SPD als Partei
- 10 der Menschenrechte und der Solidarität muss sich dafür einsetzen, dass diese Menschen wieder in Sicherheit
- 11 gelangen.

# INI-5

<b>Titel</b>	Dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz aberkennen
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Unterfranken
<b>Adressat*innen</b>	

---

## Dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz aberkennen

- 1 Wir sprechen uns dafür aus, dass dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz aberkannt wird und ver-  
2 urteilen die Einführung der Todesstrafe zum 3. April 2019 in Brunei für einvernehmliche sexuelle Handlungen  
3 zwischen Erwachsenen desselben Geschlechts aufs Schärfste.
- 4 Begründung:
- 5 *Formal:* Der vom Antrag behandelte Sachverhalt wurde erst nach dem Antragsschluss publik. Eine fristgerechte  
6 Antragstellung war daher nicht möglich.
- 7 *Inhaltlich:* Bundespräsident Roman Herzog hat dem Sultan von Brunei im Rahmen dessen Staatsbesuches in  
8 Deutschland vom 30. März bis 1. April 1998 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Das Verdienstkreuz wird  
9 „verliehen für Leistungen [...] im Bereich der politischen, der wirtschaftlich-sozialen und der geistigen Ar-  
10 beit“.[1]
- 11 Seit dem 3. April 2019 ist es in Brunei möglich Homosexualität mit der Todesstrafe durch Steinigung zu ahnden.  
12 Mehrere Prominente und auch Firmen haben aus diesem Grund zum Boykott der Hotels des Sultanat aufge-  
13 rufen oder die Zusammenarbeit mit dem Land beendet.[2-5] Das Auswärtige Amt hat aufgrund der Gesetzes-  
14 änderung die Botschafterin von Brunei eingestellt.[6] Die UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet  
15 kritisierte die Einführung der Todesstrafe als „schweren Rückschritt für die Menschenrechte der Einwohner von  
16 Brunei“[7] und Staatsminister Michael Roth im Auswärtigen Amt findet „Brunei verlässt den Kreis zivilisierter  
17 Staaten. Keine Religion, keine Kultur, keine Tradition, keine Ideologie kann und darf so etwas rechtfertigen.“[8]  
18 Auch zahlreiche Menschenrechtsorganisation haben das Vorhaben Bruneis scharf verurteilt. So fordert etwa  
19 Amnesty International: „Solche grausamen und unmenschlichen Strafen gesetzlich zu gestatten, ist an sich  
20 schon ein Unding. Einige der zukünftigen ‚Straftaten‘ sollten gar nicht als Verbrechen betrachtet werden, so  
21 zum Beispiel einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen desselben Geschlechts.“[9]
- 22 Weiterhin gibt es eine Petition zum Thema: [https://www.openpetition.de/petition/online/kein-](https://www.openpetition.de/petition/online/kein-bundesverdienstkreuz-fuer-sultan-hassanal-bolkiah-befuerworter-der-todesstrafe-fuer-homosexuell?language=en_GB.utf8)  
23 [bundesverdienstkreuz-fuer-sultan-hassanal-bolkiah-befuerworter-der-todesstrafe-fuer-homosexuell?lan-](https://www.openpetition.de/petition/online/kein-bundesverdienstkreuz-fuer-sultan-hassanal-bolkiah-befuerworter-der-todesstrafe-fuer-homosexuell?language=en_GB.utf8)  
24 [guage=en\\_GB.utf8](https://www.openpetition.de/petition/online/kein-bundesverdienstkreuz-fuer-sultan-hassanal-bolkiah-befuerworter-der-todesstrafe-fuer-homosexuell?language=en_GB.utf8)
- 25